

Zukunftsrisiko

SCHWARZ GELB.

„Diese Koalition ist, wie jeder weiß, ein Bündnis nicht auf Gedeih, sondern auf Verderb. Es ist die wohl trübsinnigste Koalition, welche die Bundesrepublik je hatte. (...) Einen Baum, der solche Früchte trägt, würde man umhauen.“

(Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung vom 17. Juni 2011)

Eine Schadensbilanz.



WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMANTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT & REDAKTION: PLANUNGSGRUPPE / ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ERSCHIENEN: SEPTEMBER 2011
GESTALTUNG: WEGEWERK
DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER
INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG
VERWENDET WERDEN.

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



Zukunftsrisiko
Schwarz-Gelb.
Eine Schadensbilanz.

.....

07	SCHWARZ-GELB Zukunftsrisiko für Deutschland
09	AUS DER ZEIT GEFALLEN Die orientierungslose Koalition
12	ÜBERFORDERT IM AMT Die getriebene Kanzlerin und ihr zerstrittenes Kabinett
17	ARBEIT UND SOZIALES Die Spaltung des Arbeitsmarktes

22	WIRTSCHAFT UND FINANZMÄRKTE Aus der Krise nichts gelernt
27	HAUSHALT UND STEUERN Klientelpolitik und Sozialabbau
33	UMWELT UND ENERGIE Scheitern in der Atompolitik
39	BILDUNG, KINDER, JUGEND Bildungsprivilegien statt Chancengleichheit
45	GESUNDHEIT Der Weg zur Dreiklassenmedizin
51	GLEICHSTELLUNG Rückwärtsgewandt und realitätsfern
55	INTEGRATION Populismus statt Miteinander
57	EUROPA Europa wird zum Offenbarungseid für Schwarz-Gelb
61	AUSSEN, SICHERHEIT, ENTWICKLUNG Gefährdung des deutschen Ansehens in der Welt
65	AUSBlick Deutschland braucht Verantwortung und Verlässlichkeit – Unser Projekt heißt Zukunft
67	CHRONIK DES SCHEITERNS Zwei Jahre Schwarz-Gelb

Zukunftsrisiko für Deutschland

Deutschland hat die schlechteste Regierung seit Jahrzehnten. Zwei Jahre nach dem Start von Schwarz-Gelb ist das Urteil von Medien und Öffentlichkeit verheerend: Union und FDP sind mit der Regierungsverantwortung überfordert und zu einer soliden, geradlinigen und vorausschauenden Politik nicht in der Lage. Zu Recht erwarten die Menschen über alle Parteigrenzen hinweg von jeder Regierung ein Mindestmaß an Professionalität. Doch seit zwei Jahren erleben sie Tag für Tag eine Koalition, deren Erscheinungsbild von Orientierungs- und Ratlosigkeit, von Überforderung und Handlungsunfähigkeit, von Zerrissenheit und Chaos geprägt ist. Statt Verantwortung zu übernehmen, ist Schwarz-Gelb in kürzester Zeit zum Synonym für Dauerstreit, Fehlentscheidungen und beispiellosen Lobbyismus geworden. Fruchtbare Selbstbeschäftigung und orientierungsloses Durchwursteln prägen das Handeln der Regierung.

Union und FDP gefährden die Zukunft Deutschlands gleich in doppelter Hinsicht: Erstens ist die Regierung nicht willens und in der Lage, Herausforderungen anzupacken, notwendige Weichenstellungen vorzunehmen und solide Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu finden. Zwei Jahre Schwarz-Gelb waren zwei verlorene Jahre für Deutschland. Inzwischen wird jeder weitere Tag Schwarz-Gelb zum Zukunftsrisiko, weil die notwendigen, mutigen und realitätstauglichen Antworten ausbleiben – zur Zukunft Europas, zur Regulierung der Finanzmärkte, zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung, zur Überwindung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft, zu Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

72 %

der Bürger sind mit der Arbeit
der Bundesregierung „weniger“
oder „gar nicht zufrieden“

Infratest dimap 2011: ARD
DeutschlandTrend September 2011.

Die zweite Gefahr betrifft den Schaden, den die Regierungsparteien mit ihrer Unfähigkeit zur Verantwortung der politischen Kultur und der Demokratie in unserem Land zufügen. Das Ausmaß dieses Schadens ist noch nicht abzusehen. Fest steht aber, dass Schwarz-Gelb massenhaft Enttäuschung hinterlassen hat. Das Misstrauen in der Bevölkerung sitzt tief – unabhängig von parteipolitischen Vorlieben. Die Menschen haben nicht nur das Vertrauen in diese Regierung verloren. Schwarz-Gelb hat es zu verantworten, wenn die Menschen beginnen, die Seriosität, Verlässlichkeit und Gestaltungsfähigkeit von Politik insgesamt zu hinterfragen. Wenn Union und FDP ihre eigene Glaubwürdigkeit verspielen und sich damit parteipolitisch selbst erheblichen Schaden zufügen, so wäre das für die Demokratie in Deutschland noch verkräftbar. Wenn sie aber aus Verantwortungslosigkeit und Überforderung heraus eine Stimmung der Politikverdrossenheit, der Verunsicherung und der Resignation in der Gesellschaft befördern, dann kann sich daraus schnell eine Legitimationskrise des gesamten politischen Systems entwickeln – mit unabsehbaren Folgen weit über den Tag hinaus.

Die orientierungslose Koalition

„Wir müssen uns eingestehen, dass die erste Halbzeit nicht so toll war,“ sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder (Welt am Sonntag vom 7.8.2011). Was wie ein Eingeständnis klingt, ist in Wahrheit eine maßlose Untertreibung.

Fakt ist: Deutschland hat eine Regierung, der niemand mehr etwas zutraut. „Die FDP ist kaum noch vorhanden, die CDU/CSU steckt in einer tiefen Identitätskrise, die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin ist erschüttert“ (Die Zeit vom 1.9.2011). Miserabler kann die Bestandsaufnahme über den Zustand einer Regierungskoalition zwei Jahre nach Amtsantritt kaum ausfallen.

Das verheerende Urteil von Presse und Öffentlichkeit kommt nicht von ungefähr: Kraft- und ideenlos verwalten Merkel und ihr Rotationskabinett den Status Quo. Die Koalition hat keine Leitidee, kein gemeinsames Projekt und keine übergeordnete Vorstellung vom Gemeinwohl.

Schon in den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag wurde deutlich: Hier geht es nicht um die Sache, nicht um die Gestaltung der Zukunft dieses Landes im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Es war ein Dokument der Ratlosigkeit, das Entscheidungen vertagte und dutzende Prüfungskommissionen einsetzte. So war der Koalitionsvertrag bereits nach kürzester Zeit das Papier nicht mehr wert, auf dem er gedruckt war: massenhaft Versprechen gebrochen oder aufgeschoben, zahlreiche Ankündigungen von der Realität überholt. Aus dem zentralen Wahlversprechen „Mehr Netto vom Brutto“ wurden Mehrbelastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Rentnerinnen und Rentner, für Familien und Arme.

Angela Merkel laviert und stolpert von Augenblick zu Augenblick. Die Schlagzeile des nächsten Tages ist wichtiger als die Zukunft des Landes. Positionen und Prinzipien werden scheinbar mühelos ausgewechselt, sobald es für den Machterhalt nützlich erscheint. Die Süddeutsche Zeitung nennt dies den „meteorologischen Politikstil“ der Kanzlerin: sie „entscheidet sich spontan und geht dahin, wo gerade die Sonne scheint“ (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung vom 26.8.2011). Bestes Beispiel ist

der Zickzackkurs in der Atompolitik, in der Merkel erst gemeinsam mit den Energieriesen die Verlängerung der Atomlaufzeiten ausklügelte und kein halbes Jahr später wieder rückgängig machte. Ein weiteres Beispiel ist der unverantwortliche Schlingerkurs in der europäischen Schuldenkrise, in der die Regierung durch Mutlosigkeit, Hinhaltenakt und Führungsschwäche mehr zur Destabilisierung als zur Rettung der gemeinsamen Währung beigetragen hat. Die Kanzlerin ist zur Getriebenen geworden, die jede Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit verspielt hat.

Die Menschen reiben sich die Augen und fragen sich: Wie kann es sein, dass eine Regierung so schlecht auf das Regieren vorbereitet war? Wie ist es möglich, dass eine Regierung so orientierungslos und dilettantisch vor sich hin wurstelt? Im Rückblick auf zwei Jahre Schwarz-Gelb werden drei Dinge deutlich:

Erstens: Union und FDP unterscheidet mehr als sie verbindet – und die wenigen Gemeinsamkeiten sind längst erschöpft. In zentralen Fragen – von der Wirtschafts- und Finanzpolitik über die Europapolitik, die innere Sicherheit, die Gesundheitspolitik bis zur Außenpolitik – finden die Koalitionspartner keinen gemeinsamen Nenner mehr. Ausdruck ist der Dauerstreit *zwischen* den Regierungsparteien. Darin liegt ein Grund für die Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit von Schwarz-Gelb.

Der zweite Grund ist, dass die Spitzen von Union und FDP nicht nur den Rückhalt der Bevölkerung, sondern auch Unterstützung in den eigenen Reihen, unter den eigenen Parteimitgliedern und Wählern verloren haben. Ausdruck dafür ist der Dauerstreit *innerhalb* der Regierungsparteien. Union und FDP sind von tiefgreifenden Identitätskrisen erfasst worden.

Drittens: Der eigentliche Grund für die Krise der Regierung besteht allerdings in dem schlichten Umstand, dass die politischen Antworten von Union und FDP spätestens seit Finanzkrise und Fukushima von der Wirklichkeit überholt sind. Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit, die Deutschland 2008/09 erfasst hat, war das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells, in dem die Finanzmärkte zum Dreh- und Angelpunkt geworden sind. Es basiert auf dem Irrglauben an eine wundersame Geldvermehrung aus sich selbst heraus – und auf einer Ideologie, wonach einzig der Verzicht auf Regeln und die Entfesselung der Märkte die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg garantieren. Dieses Wirtschaftsmodell ist gescheitert. Die Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass Märkte politisch gestaltet werden müssen. Neuer Wohlstand kann dauerhaft nur aus echter Wertschöpfung durch Arbeit entstehen – und nicht durch die Steigerung fiktiver Finanzgewinne an den Kapitalmärkten.

In der veränderten Wirklichkeit finden sich Union und FDP nicht zurecht. Sie haben das falsche Programm, die falschen Personen und die falsche Sprache. Noch immer heißt es: „Steuern runter!“, „Mehr Netto vom Brutto“ und „Markt statt Staat“. Schwarz-Gelb ist aus der Zeit gefallen. Das ist der eigentliche Grund, warum diese Koalition sowohl *unfähig* als auch *unwillig* ist, die drängenden Herausforderungen anzupacken.

Der Preis, den Deutschland zahlt, ist hoch: Eine Regierung, die nicht regiert, verspielt nicht nur Chancen, sondern riskiert die Zukunft. Sie verspielt nicht nur die eigene Glaubwürdigkeit, sondern setzt das Vertrauen in die Demokratie aufs Spiel. 74 Prozent der Menschen sehen nicht nur die Regierung, sondern die Politik insgesamt nur noch als Getriebene der Märkte. Am Ende stehen Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung.

- **Union und FDP haben kein gemeinsames Projekt, sind orientierungslos und handlungsunfähig.**
- **Die ideologischen Grundlagen der schwarz-gelben Koalition sind seit Finanzkrise und Fukushima endgültig überholt.**
- **Die Koalitionsparteien stecken in tiefen Identitätskrisen und finden keine Antworten mehr auf die Herausforderungen von morgen.**

Die getriebene Kanzlerin und ihr zerstrittenes Kabinett

Die Dauerkrise von Schwarz-Gelb ist längst zur Krise von Angela Merkel selbst geworden. Die Kanzlerin versagt in den politischen Herausforderungen und Richtungsentscheidungen, vor die Deutschland gestellt ist. Lange konnte sich Merkel mit ihrer Weigerung, klare Entscheidungen zu treffen, durchwursteln. Sie verhielt sich unauffällig und ging Streit aus dem Weg. Diese Haltung fiel so lange nicht auf, wie starke Ministerinnen und Minister den Kurs der Großen Koalition prägten.

Der Offenbarungseid kam mit Schwarz-Gelb. Die Unerfahrenheit und Unprofessionalität ihres neuen Koalitionspartners FDP offenbarte Merkels Schwäche: Sie hat keine Ideen und Überzeugungen, für die sie politisch steht und nötigenfalls auch bereit wäre, ihre Macht zu riskieren. Sie macht sich die Forderungen anderer zu Eigen oder reagiert populistisch auf Stimmungen. Dadurch macht sie Schwarz-Gelb zu einer Koalition der Beliebigkeit. Die Kanzlerin, die laut Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt, wirkt wie eine Getriebene – von den Ereignissen, von den Medien, von ihrer Partei, von ihrem Koalitionspartner.

Wer ist Angela Merkel?

Presse, Öffentlichkeit und Parteianhänger fragen: „Wer ist Angela Merkel?“ (Handelsblatt, 25.3.2011). Dabei verfehlt diese Frage das Politikmodell der Kanzlerin. Richtig gestellt muss sie lauten: Welche dominierende Kraft wirkt auf Merkel ein?

Viele Ministerinnen und Minister in Merkels Kabinett – vor allem auch der FDP – haben die Ernsthaftigkeit des Regierungsauftrags nie verstanden. Das gilt an erster Stelle für Guido Westerwelle, der als Repräsentant einer lautstarken Opposition nicht auf das Regieren vorbereitet war und die Aufgaben eines Regierungsamtes von Anfang an unterschätzt hat. Westerwelle hat nie verstanden, dass ein solches Amt mit Substanz und Verantwortung ausgefüllt werden muss – und nicht mit Rhetorik und Polemik.

Die Kombination aus einer überzeugungslosen Kanzlerin und einem Vizekanzler, der die Rolle des Oppositionspolitikers nie ablegen konnte, hat im ersten Jahr Schwarz-Gelb dazu geführt, dass die Koalition kaum etwas zustande brachte – außer ein einmaliges Politiktheater, in dem sich die Koalitionäre untereinander als „Gurkentruppe“, „Wildsau“ und „Rumpelstilzchen“ beschimpften. Und wenn etwas durchgesetzt wurde, dann waren es Lobbyinteressen. So war das erste Jahr Schwarz-Gelb geprägt durch Untätigkeit und Streit auf der einen und beispiellose Klientelpolitik auf der anderen Seite – mit Steuerbegünstigungen für Parteispender, Firmenerben und Steuerflüchtlinge, mit zugeschobenen Profiten für Pharmaindustrie und Privatversicherungen sowie mit dem Irrweg einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und Milliardengeschenken für die Energiekonzerne. Hinzu kam ein schwarz-gelbes Sparpaket, das Arbeitslose und Familien belastet, während Reiche und Unternehmen verschont bleiben.

Die Folge waren ein dramatischer Absturz der FDP in den Meinungsumfragen und eine beispiellose Serie von Wahlniederlagen für Union und FDP in den Ländern. Hinzu kamen die sich zuspitzende Schuldenkrise in Europa und der GAU von Fukushima. So wurde Merkel im zweiten Jahr Schwarz-Gelb wieder zur Getriebenen. Getrieben diesmal zunächst weniger von der ums Überleben kämpfenden FDP, als vielmehr von den Ereignissen – in Stuttgart, in Griechenland, Portugal und Irland sowie in Japan. Ergebnisse waren die Notbremse und das Eingeständnis des Scheiterns in der Energiepolitik mit der 180-Grad-Wende bei den Atomlaufzeiten sowie ein orientierungsloser Schlingerkurs in der Euro-Krise.

Wer ist Angela Merkel? Zum Ende des zweiten Jahres Schwarz-Gelb wirkt die Kanzlerin müde und überfordert, ratlos und führungsschwach. Auch auf europäischem Parkett überlässt sie anderen die Initiative. Es gelingt ihr nicht mehr, die Koalitionsparteien auf eine gemeinsame Linie einzuschwören. Mit ihrer zögerlichen Haltung verschleppt sie dringende Entscheidungen und verunsichert Menschen, Unternehmen und internationale Partner gleichermaßen. In Europa hat sich die Haltung der Bundesregierung über Monate hinweg krisenverschärfend ausgewirkt. Krisenbewältigung ist von Merkel nicht mehr zu erwarten. Niemand weiß, ob morgen noch gilt, was sie heute verkündet. Bei wichtigen Entscheidungen muss sie inzwischen um ihre eigene Mehrheit im Parlament bangen.

Die Union ist tief verunsichert, die Kritik an Merkel wird lauter. Die FDP kämpft nur noch für sich und ihr politisches Überleben. Auch die neue Führungsriege der Liberalen unter Philipp Rösler stellt Selbstbehauptung über allgemeines Interesse,

Parteiprofil über Staatsräson. Damit macht die FDP die ohnehin schon schwerfällige Regierung abermals handlungsunfähig. Die Kanzlerin versucht nur noch krampfhaft, ihre Koalition über den Tag zu retten, während sich Ursula von der Leyen bereits als Nachfolgerin in Stellung bringt.

Merkels Kabinett: Status und Rangfolge statt Eignung und Erfahrung

Regieren bedeutet, Verantwortung fürs Ganze zu übernehmen. Diese Verantwortung zu tragen, fällt vielen in der Regierung bis heute schwer. Das zeigt sich auch an den personellen Wechseln im Kabinett. Parteipolitische Postenschacherei und persönliche Skandale haben dazu geführt, dass in nur zwei Jahren sechs von 14 Ministerposten umbesetzt werden mussten.

Die wenigen Minister, die ihr Handwerk beherrschen, werden durch Streit und Uneinigkeit in der Koalition blockiert. Wichtige Posten werden unter Schwarz-Gelb nicht nach Eignung besetzt, sondern allein nach Rangfolge und Status in der Partei.

Obwohl schon als Gesundheitsminister blass und erfolglos, musste für den neuen Vorsitzenden der FDP, Philipp Rösler, ein höheres Regierungsamt her. Ökonomisch weder geschult noch erfahren, wurde er kurzerhand zum Bundeswirtschaftsminister gekürt. Wie zuvor schon Rainer Brüderle erhebt Rösler Tatenlosigkeit zum wirtschaftspolitischen Prinzip. Dabei sind die Anforderungen an sein Amt angesichts der beunruhigenden Konjunktursignale und der europäischen Schuldenkrise größer denn je.

Röslers Haus liegt im Dauerclinch mit Unions-Minister Wolfgang Schäuble. Das Finanzministerium blockiert die naiven Steuersenkungsphantasmen des Juniorpartners. Umgekehrt sabotiert die FDP jeden Vorstoß für eine klare Regulierung der Finanzmärkte und für eine Finanztransaktionssteuer, die nichts anderes als eine notwendige Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte wäre.

Kristina Schröder ist ein ähnlicher Fall. Die Familienministerin kam als Quoten-Hessin ins Kabinett, um den Regionalproporz der Union zu wahren. Inkompetenz und offenkundig mangelndes Interesse für ihre Zuständigkeitsbereiche waren kein Hindernis für ihre Ernennung. Entsprechend blass und ideenlos übt sie ihr Amt aus.

Der geschasste FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle ist als Außenminister vor allem durch peinliche Auftritte aufgefallen. Angefangen mit seinem Poltern gegen die vermeintliche „spätrömische Dekadenz“ von Arbeitslosengeld-II-Empfängern bis zu der Anmaßung, die deutsche Sanktionspolitik habe Libyens Staatschef Gaddafi gestürzt. Westerwelle ist auf dem besten Weg, nicht nur sein eigenes Ansehen, sondern das Ansehen Deutschlands zu ruinieren. Das Auswärtige Amt, über Jahrzehnte zu einem der einflussreichsten Bundesministerien geworden, verliert Monat für Monat an Bedeutung.

Die Hoffnungsträgerin der CDU, Ursula von der Leyen, hat sich als Arbeits- und Sozialministerin immer wieder verrannt. Bei der Reform der Job-Center und der Grundsicherung hätte sie ohne die SPD keine vernünftigen Lösungen hinbekommen. Bei der Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen verantwortet sie einen beispiellosen Kahlschlag der Förderleistungen. Dem Missbrauch der Leiharbeit und der Ausweitung von Dumpinglöhnen schaut sie tatenlos zu.

Ihr Pendant bei der Schwesterpartei CSU, Show-Minister Karl Theodor zu Guttenberg, wurde als Blender und Betrüger überführt. Sein Nachfolger im Verteidigungsministerium, Thomas de Maizière (CDU), musste feststellen, dass Guttenberg ihm mit der Bundeswehrreform keinen großen Wurf, sondern einen Scherbenhaufen hinterlassen hatte.

Als CDU-Umweltminister sollte Norbert Röttgen die Union grüner machen. Unterbreitete er tatsächlich mal einen vernünftigen Vorschlag, wurde er jedoch schnell wieder zurückgepiffen und erwies sich als machtlos.

Ein Dauerstreit zwischen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) blockiert jegliche Entscheidungsfindung beim Datenschutz und der inneren Sicherheit.

Röslers Nachfolger im Gesundheitsministerium, Daniel Bahr (FDP), ist bisher gar nicht in Erscheinung getreten. Dabei war er als Gesundheitspolitiker immer der Kopf hinter der Kopfpauschale. Seine erste Amtshandlung als Minister bestand darin, die von der Koalition groß angekündigte Pflegereform erst einmal zu verschieben.

Auch das Landwirtschafts- und Verbraucherministerium hat unter Ilse Aigner (CSU) außer Ankündigungen nichts zustande gebracht.

Die Bilanz von Parteikollege Peter Ramsauer (CSU) ist ähnlich mager. Zuletzt gab der Verkehrsminister dem Druck der Industrie nach und ließ die bis zu 60 Tonnen-Trucks für Tests zu, statt auf den ökologisch sinnvolleren Gütertransport mit der Bahn zu setzen.

Dirk Niebel (FDP) wollte das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vor zwei Jahren noch abschaffen und bekam es schließlich selbst. Als oberster Dienstherr hat er die Institution als eine Art „Außenwirtschaftsministerium“ zweckentfremdet.

- **Nach zwei Jahren Schwarz-Gelb weiß niemand mehr, wofür die Kanzlerin eigentlich steht. Ihre Entscheidungen wirken ratlos und beliebig, Verantwortung und Verlässlichkeit werden ihr nicht mehr zugetraut.**
- **Viele Ministerinnen und Minister haben die Ernsthaftigkeit des Regierungsauftrags nie verstanden, im Kabinett herrschen Dilettantismus, Profilierungsgehebe, persönliche Eitelkeiten und politischer Dauerstreit.**
- **Das System Merkel – abwarten, ausweichen, vernebeln – gefährdet das Land.**

Die Spaltung des Arbeitsmarktes

Untätigkeit öffentlichkeitswirksam in Szene setzen. Das ist ganz offensichtlich der arbeits- und sozialpolitische Grundsatz der Bundesregierung. Unions-Ministerin Ursula von der Leyen sonnt sich im Lichte der derzeit noch sinkenden Arbeitslosenzahlen – und stört sich nicht daran, dass sie sich dabei mit fremden Federn schmückt. Zur Entspannung am Arbeitsmarkt hat sie in den vergangenen zwei Jahren nichts beigetragen. Die Architekten des Aufschwungs waren andere. In der Krise wehrten Sozialpartner und SPD-Minister der Großen Koalition gemeinsam einen größeren Beschäftigungseinbruch ab.

Die Herausforderungen, die sich heute stellen, packt die Regierung nicht an. Der Arbeitsmarkt ist gespalten: In gute Arbeit und unsichere Beschäftigung, in gefragte Fachkräfte und abgehängte Langzeitarbeitslose. Schwarz-Gelb verschärft diese Spaltung, indem sie Mindestlöhne verweigert, Lohndumping und Missbrauch der Leiharbeit duldet und die Förderleistungen für junge Menschen und Arbeitslose um Milliardenbeträge kürzt.

Leiharbeit und Dumpinglöhne: warme Worte, kalte Taten

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich in der Krise als äußerst robust und im anschließenden Aufschwung als ebenso dynamisch erwiesen. Doch es zeigen sich auch Fehlentwicklungen. Arbeit ist für viele Menschen unsicher geworden.

Arbeitgeber besetzen zu viele neue Stellen mit befristet Beschäftigten, Minijobbern oder Leiharbeitnehmern, sofern sie nicht gleich Dienst- und Werkverträge an Subunternehmen vergeben. Der Berufseinstieg von jungen Erwachsenen ist nicht selten von Kettenbefristungen und unterbezahlten Praktika geprägt. Über 6,5 Millionen Menschen, gut 20 Prozent der Beschäftigten, arbeiten für einen Niedriglohn. 1,2 Millionen abhängig Beschäftigte, davon ein Drittel in Vollzeitbe-

schäftigung, beziehen ergänzende Transferzahlungen des Staates, weil der Lohn nicht zum Leben reicht. Bei der Leiharbeit wird der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ systematisch unterlaufen. In ein und demselben Unternehmen gibt es Belegschaften erster und zweiter Klasse.

Die Bundesregierung sieht dieser Entwicklung tatenlos zu. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen produziert nichts als warme Worte und heiße Luft, denen kühle Untätigkeit oder kalte Taten folgen.

Bestes Beispiel ist die Inszenierung, mit der Frau von der Leyen beim Thema Leiharbeit punkten wollte. Kaum erregten Anfang 2010 unseriöse Schlecker-Praktiken öffentliche Aufmerksamkeit – Arbeitnehmer wurden entlassen und als Leiharbeiter weiterbeschäftigt –, übte sich von der Leyen in gespielter Empörung. Übrig geblieben ist davon kaum etwas. Ihr Gesetzentwurf zur Leiharbeit, den sie Monate später vorlegte, konzentrierte sich darauf, verpflichtende EU-Vorgaben umzusetzen. Durchgreifende Regelungen zur Bekämpfung von Missbrauch in der Leiharbeit sah das Gesetz nicht vor. Weder gibt es verbindliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern und Festangestellten. Noch wird dem Austausch von Stammebelegschaften durch geringer entlohnte und schlechter abgesicherte Beschäftigte ein klarer Riegel vorgeschoben.

Einziger Lichtblick: In den Verhandlungen zur Reform der Grundsicherung konnte die SPD den Widerstand von Union und FDP gegen die Einführung eines Mindestlohns in der Leiharbeit brechen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um extremes Lohndumping zu verhindern.

Einen wirklichen Durchbruch für bessere Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit kann es jedoch erst geben, wenn alle Leiharbeiter und die Stammebelegschaften den gleichen Lohn bekommen. Hier verweigert die Koalition jede Einsicht. Mit ihrer hartnäckigen Weigerung, allen Arbeitnehmern gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu garantieren, haben Union und FDP endgültig unter Beweis gestellt, dass ihnen die Interessen der Leiharbeitslobby wichtiger sind als die Interessen der Leiharbeiterinnen und -arbeiter.

Ein weiteres Beispiel für die Inszenierungspolitik der Arbeitsministerin ist das Thema Mindestlohn. Ihr wiederholtes Gerede von Mindestlöhnen bleibt ein ums andere Mal folgenlos. Der Ausbreitung von Niedriglöhnen schaut Schwarz-Gelb in aller Seelenruhe zu. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich für die von der SPD geforderte Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ausspricht, lehnen Union und FDP ihn ab.

Wer trotz Vollzeitstelle vom eigenen Lohn nicht leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann, soll ihn mit Transferleistungen aufstocken, so die Antwort von Schwarz-Gelb. Wer sich aber weigert, gesetzliche Regeln für gute Arbeit und ordentliche Löhne zu schaffen, lässt nicht nur viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Regen stehen, sondern setzt auch die Finanzierungsgrundlagen der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme aufs Spiel. Die Kosten der staatlichen Subvention von Dumpinglöhnen stiegen zuletzt auf rund 11 Milliarden Euro pro Jahr.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: Kahlschlag ohne Sinn und Verstand

Während es Unternehmen in einigen Branchen und Regionen schon heute immer schwerer fällt, Arbeitsplätze mit qualifizierten Fachkräften zu besetzen, geht der Aufschwung an Langzeitarbeitslosen und bestimmten benachteiligten Gruppen größtenteils vorbei. Ohne eine entschlossene Politik, die Arbeitsplätze schafft, Bildung ins Zentrum stellt und auch Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt integriert, droht beides: Fachkräftemangel und hohe Langzeitarbeitslosigkeit.

Um das zu verhindern, müssen Wirtschafts-, Finanz- und Bildungspolitik durch eine aktive Arbeitsförderung flankiert werden, die Qualifizierung, Weiterbildung und eine leistungsfähige Arbeitsvermittlung ins Zentrum stellt. Ausgerechnet hier legt Schwarz-Gelb die Axt an.

Mit drastischen Mittelkürzungen in Milliardenhöhe und Einschnitten bei den Förderinstrumenten der Arbeitsmarktpolitik stellt Schwarz-Gelb notwendige Unterstützungsangebote für Arbeitslose in Frage. Bereits 2011 wurden die Leistungen des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit (BA) um zwei Milliarden Euro gekürzt. Im Zeitraum 2012 bis 2015 summieren sich die Kürzungen auf insgesamt 26,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig sollen die Zahlungen des Bundes an die BA um mehrere Milliarden Euro jährlich gesenkt werden.

Diese kurzfristigen und kurzsichtigen Einsparungen sind nicht nur ein Schlag ins Gesicht für alle Langzeitarbeitslosen, die auf Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt dringend angewiesen sind. Sie werden auch ihr fiskalisches Ziel verfehlen und Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Ende teuer zu stehen kommen.

Schon jetzt bremst der Fachkräftemangel das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Zahl der Erwerbsfähigen offiziellen Berechnungen zufolge bis 2025 noch einmal um fast 15 Prozent zurückgehen. Jeder Euro für Weiterbildung und Vermittlung von Erwerbslosen ist damit eine wertvolle Investition in Vollbeschäftigung und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer wie Schwarz-Gelb das Gegenteil tut, riskiert den sozialen Frieden und die Zukunft unserer Volkswirtschaft.

Soziale Kälte: Bei der Grundsicherung ist Schwarz-Gelb jeder Euro zu viel

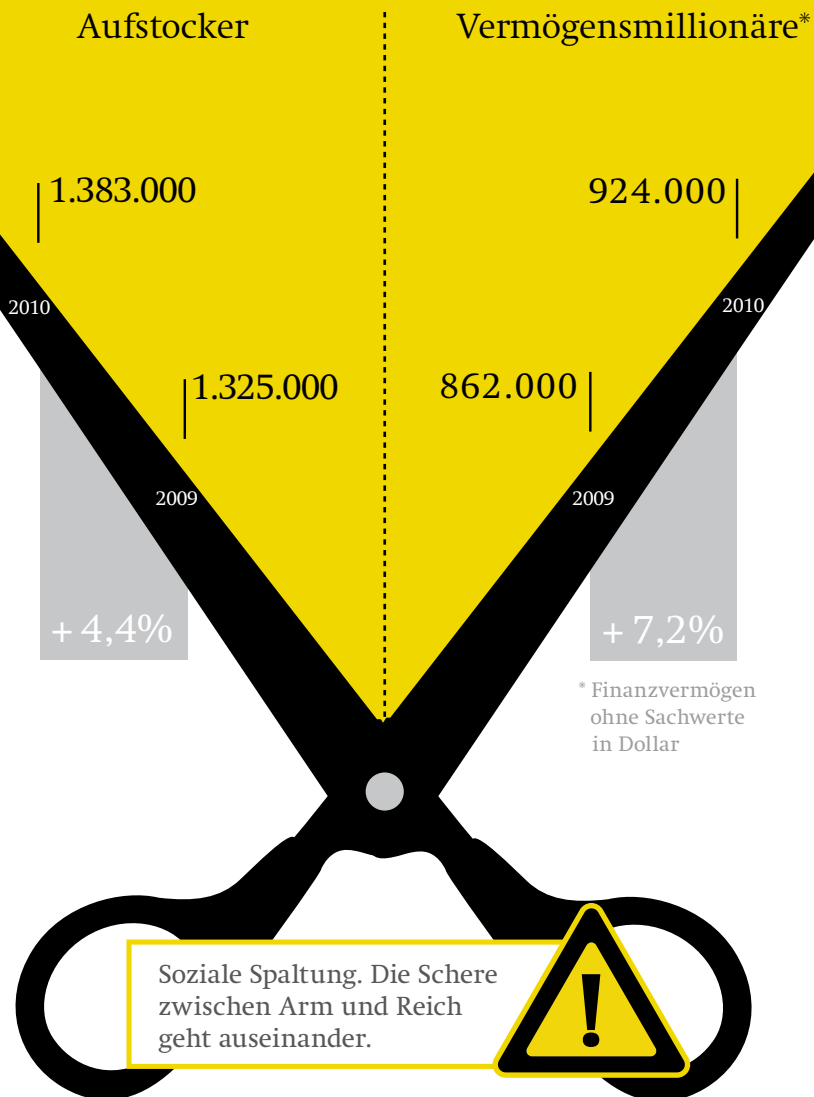
Ihrer eigenen Klientel gegenüber gibt sich Schwarz-Gelb gern großzügig. Bei der Erhöhung der Leistungen der Grundsicherung, die die Existenz sichern sollen, wurden Union und FDP hingegen zu Pfennigfuchsern. Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat feilschten die Koalitionäre um jeden Euro.

Der Regelsatz für das Arbeitslosengeld II wurde für Alleinstehende um fünf Euro und für Angehörige einer Bedarfsgemeinschaft um entsprechend geringere Beträge angehoben. Im Gegenzug wurden ALG-II-Bezieher das Elterngeld und die Rentenbeiträge gestrichen.

Immerhin: In langwierigen Verhandlungen mit Union und FDP zur Reform der Grundsicherung konnte die SPD im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat wichtige Verbesserungen durchsetzen. Beim so genannten Bildungspaket für bedürftige Kinder haben wir es geschafft, dass rund 500.000 Kinder mehr als von Schwarz-Gelb vorgesehen einen Anspruch auf Unterstützung erhalten haben. Wir haben erreicht, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe erweitert wurden. Wir haben durchgesetzt, dass die Städte und Gemeinden eine finanzielle Entlastung bekommen, um mehr und bessere Angebote vor Ort bereitstellen zu können. Außerdem haben wir Mindestlöhne in der Leiharbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche durchgesetzt.

Das von Ministerin von der Leyen so aufgebauschte „Bildungspaket“ erreicht bislang nur einen Bruchteil der rund 2,5 Millionen berechtigten Kinder. Eine Lösung bleibt von der Leyen schuldig. Stattdessen versucht die Show-Ministerin die Maßnahme mit einer millionenschweren Werbekampagne in Szene zu setzen.

Schwarz-Gelb öffnet die soziale Schere weiter



Quelle:

Merrill Lynch & Capgemini 2011: World Wealth Report 2011.

Bundesagentur für Arbeit: Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher Dezember 2010.

- Union und FDP nehmen billigend in Kauf, dass Arbeit für viele Menschen unsicher wird und keine ausreichende Existenzgrundlage mehr darstellt. Gesetze für einen flächendeckenden Mindestlohn und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit sind für die Koalition tabu.
- Schwarz-Gelb verschärft die Gefahr, dass der Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte ausgehen, während Millionen Arbeitslose abgehängt bleiben. Die Koalition blockiert die Teilhabe vieler Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung.

Aus der Krise nichts gelernt

Die wirtschaftlichen Aussichten für nächstes Jahr sind alles andere als zuversichtlich. Schwarz-Gelb hat kein Konzept, um dieser Problemlage zu begegnen. Die politischen Ideen von Union und FDP schließen nicht an der Wirklichkeit an – sie sind überholt. In der Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik wird die Zeitenwende besonders deutlich. Die Finanzmarktkrise und der Super-GAU von Fukushima waren zwei vernichtende Schläge in das programmatische Kontor von Union und FDP. Eine Politik für entfesselte Märkte und für ein Wirtschaftswachstum auf Kosten von Umwelt, Sicherheit und Gesundheit hat ihre Legitimation verloren.

Die Regierungsparteien versuchen dennoch, ihre alten Glaubenssätze zu retten. Bis Sommer 2011 profitierte die Bundesregierung von einem Wachstum, dessen Grundlagen die Vorgängerregierungen gelegt haben. Die Wirtschaftsminister der FDP feiern den „Aufschwung XXL“ (Brüderle) als ihren Erfolg, obwohl sie alle Konjunkturmaßnahmen der Großen Koalition abgelehnt hatten. Noch schlimmer ist aber, dass sie damit ihre Untätigkeit in der Gegenwart zu verschleiern versuchen. Die Wachstumsprognosen für 2012 trüben sich ein. Wenn jetzt nicht die richtigen Entscheidungen getroffen werden, besteht die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft empfindlich getroffen wird. Doch Union und FDP sorgen nicht vor.

Der Koalition fehlt ein zeitgemäßes und zukunftsfähiges Konzept für nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung. Der Zickzackkurs vor allem in der Energiepolitik und in der Europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist fatal, ebenso der Verzicht auf die Regulierung der Finanzmärkte und die steuerpolitische Irrfahrt der FDP. Wir brauchen eine ehrliche Politik, die Lasten gerecht verteilt und die öffentlichen Haushalte in Ordnung bringt. Nur dann können wir uns die Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur leisten, die das Wachstum absichern und unser Land voranbringen. Wir brauchen ein neues und nachhaltiges Wachstumsmodell. Wer keine Lehren aus der Krise zieht, macht sich mit verantwortlich für die nächste Krise.

.....

Versagen in der Wirtschaftspolitik gefährdet Wachstum und Beschäftigung

Union und FDP sind zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, die das Ökonomische, das Soziale und das Ökologische zusammen denkt, nicht in der Lage. Mit ihrem wirtschaftspolitischen Laissez-faire gefährden sie Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung von morgen.

Die Liste der schwarz-gelben Versäumnisse in der Wirtschaftspolitik ist lang. Weit oben steht die Industriepolitik: Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie. Union und FDP haben die Ausrichtung der deutschen Industrie an die Leitmärkte der Welt jedoch aufgegeben und verharren in rückwärtsgewandtem Denken, das einen vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufmacht – und dabei verkennt, dass die Ökologie längst zur Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg geworden ist.

So braucht gerade der Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland dringend ein zukunftsfähiges Konzept zur Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende. Doch mit den mehrfachen Kehrtwenden in der Atom- und Energiepolitik haben Union und FDP die Planungssicherheit von Unternehmen für Investitionsentscheidungen massiv beeinträchtigt. Außerdem ist die Energiewende allein mit dem Ausstieg aus der Atomenergie noch lange nicht erreicht. Wir müssen den Umbau unseres Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energiedienstleistungssystem fortsetzen, auch im Interesse der Industrie. Aber die Tatenlosigkeit der Regierung etwa beim Ausbau der Stromnetze lässt zukünftige Engpässe bei der Energieversorgung befürchten.

In zentralen Bereichen der Wirtschaftspolitik hat die Bundesregierung nichts geliefert, abgesehen von der Bedienung einzelner Klientelinteressen. Beispiel Mittelstandspolitik: Außer der Mehrwertsteuersenkung für Hotels gab es keine Initiativen. Das Versprechen, Forschung und Entwicklung in Unternehmen steuerlich zu fördern, hat die Koalition gebrochen. Die Kürzungen in der Städtebauförderung treffen das mittelständische Handwerk in den Kommunen.

Um die Grundlagen unserer Volkswirtschaft zu stärken, braucht Deutschland mehr Investitionen und eine stärkere private Kaufkraft. Die Schwäche der Binnenwirtschaft war in den letzten Jahren die Kehrseite der deutschen Exportabhängigkeit. Deshalb muss die hohe Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes durch eine gezielte Stärkung der Binnennachfrage flankiert werden.

Ein Schlüssel sind Innovationen und Investitionen. Investitionen schaffen Arbeitsplätze, sorgen für zusätzliches Einkommen, beleben die Binnennachfrage und sichern die Wissensbasis unserer Volkswirtschaft. Deshalb braucht das Land eine Investitionsstrategie. Schwarz-Gelb dagegen gefährdet private und kürzt öffentliche Investitionen, beispielsweise bei der Förderung der CO₂-Gebäudesanierung.

Die zweite Säule der Binnennachfrage ist die private Kaufkraft. Nachhaltige Wirtschaftspolitik betrachtet Löhne nicht nur als Kosten, sondern auch als Nachfrage. Doch Schwarz-Gelb gefährdet die Kaufkraft durch zusätzliche Belastungen vor allem unterer und mittlerer Einkommen – durch steigende Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte (darunter Millionen Rentnerinnen und Rentner), Kürzungen beim Elterngeld für Familien und drohende Mieterhöhungen. Durch massive Kürzungen der Arbeitsförderung und die Ablehnung des Mindestlohns blockieren Union und FDP die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung.

.....

Versagen bei der Regulierung der Finanzmärkte verschärft die Gefahr künftiger Krisen

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP vollmundig versprochen, Initiativen zu ergreifen, „um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen“. Es sind leere Worte geblieben. Tatsächlich hat Schwarz-Gelb vor der Macht der Finanzmärkte längst kapituliert. Wer jedoch darauf verzichtet, neue Regeln für die Finanzmärkte durchzusetzen, der verschärft die Gefahr neuer Krisen.

Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft. In den vergangenen Jahren haben ungezügelte Spekulationen an den Finanzmärkten großen Schaden angerichtet. Die Gier nach kurzfristigen Profiten ging mit einer immer größeren Risikobereitschaft einher und hat maßgeblich zur Krise beigetragen. Für die Rettung von Banken und Unternehmen haben viele Staaten, auch Deutschland, hohe Bürgschaften auf sich genommen. Inzwischen sind einige Staaten der Europäischen Währungsunion mit hohem Schuldenstand selbst zu Opfern der Finanzmarkturbulenzen geworden.

Die Lehre muss lauten, dass die Finanzmärkte reformiert und neu geordnet werden müssen. Risikoreiche und realwirtschaftlich nutzlose Spekulationsgeschäfte müssen beschränkt oder verboten werden. Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt dürfen unreguliert bleiben. Wir brauchen wieder seriöse, nachhaltig funktionierende Finanzmärkte, die ihre ureigene Aufgabe erfüllen, nämlich Konsumenten und Wirtschaft mit soliden Finanzierungen zu versorgen und ihnen transparente Anlagemöglichkeiten zu bieten.

Außerdem müssen die Finanzmarktakteure an der Finanzierung der Krisenfolgen beteiligt werden. Dafür brauchen wir die Finanztransaktionssteuer. Sie verteuert kurzfristige Spekulationen und erzielt wichtige Einnahmen für die öffentliche Hand, die für gezielte Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden können.

Doch unter Schwarz-Gelb können die Verursacher der Krise weiter machen wie bisher. Durch Finanzspekulationen gegen Währungen, gesunde Unternehmen und ganze Staaten werden Milliardengewinne gemacht. Die Allgemeinheit kommt für den Schaden auf. Union und FDP machen sich zu Interessenvertretern der Finanzlobby und fallen den Menschen im Land in den Rücken.

- Schwarz-Gelb ist zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik, die das Ökologische, das Soziale und das Ökonomische zusammen denkt, nicht in der Lage und riskiert damit Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung von morgen. Wichtige Investitionen in Wachstumsbranchen, Zukunftstechnologien und Innovationen bleiben aus.
- Die Bundesregierung verschleppt die Regulierung der Finanzmärkte und verschärft damit die Gefahr neuer Krisen. Die Kosten der Finanzkrise tragen die Steuerzahler und belasten die öffentlichen Haushalte, während die Verursacher verschont werden.

Klientelpolitik und Sozialabbau

70 %

der Bürger finden es wichtiger, weniger neue Schulden zu machen, als die Steuern zu senken.

Infratest dimap 2011: ARD DeutschlandTrend Juli 2011.

Steuern senken und den Haushalt konsolidieren. So lauteten zwei zentrale Forderungen von Union und FDP im Wahlkampf 2009. Von Anfang an war klar, dass beides nicht zusammen passt. Dass die Zwischenbilanz schwarz-gelber Haushalts- und Steuerpolitik zur Halbzeit der Legislaturperiode verheerend ausfällt, überrascht daher kaum: Schwarz-Gelb hat weder das eine noch das andere geschafft. Wankelmut und Profilierungsdrang in den Reihen beider Parteien nähren einen Dauerkonflikt, der die Regierung lähmt. Die wenigen Maßnahmen, auf die sich Schwarz-Gelb bisher einigen konnte, waren Etikettenschwindel und Lehrbuchbeispiele für Lobby- und Klientelpolitik.

Regieren für das Klientel: Steuerprivilegien für Privilegierte

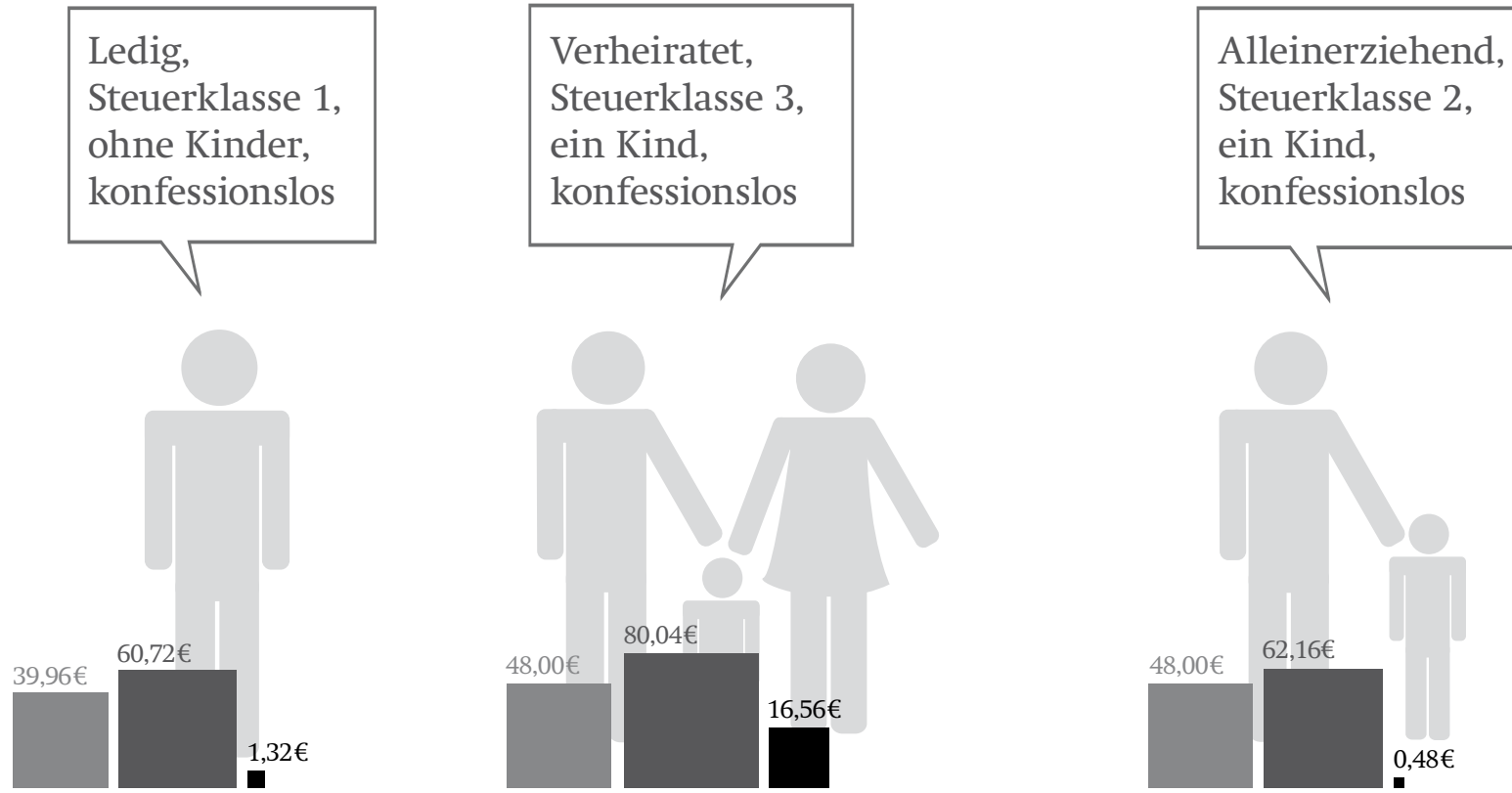
Trotz hoher Wachstumsraten und sprudelnder Steuereinnahmen sind die Probleme der öffentlichen Haushalte nicht gelöst. Selbst im Aufschwung der vergangenen beiden Jahre war die Bundesregierung nicht fähig, die Haushalte in Ordnung zu bringen. Mit Rechenricks und einem falschen Verständnis der neuen Schuldenengrenzen gaukelt der Bundesfinanzminister vor, die Schuldenbremse einzuhalten. Neue Steuerprivilegien belasten den Bundeshaushalt und haben zu einem finanziellen Aderlass in Ländern und Kommunen geführt.

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz war Etikettenschwindel, weil nicht das Wachstum gefördert, sondern gezielt Klientelgruppen beschenkt wurden. So wurden unter dem Deckmantel der „Wachstumsbeschleunigung“ zum Beispiel die Möglichkeiten der Unternehmen wieder ausgeweitet, ihre Gewinne künstlich klein zu rechnen und Steuern zu umgehen. Außerdem wurde der Mehrwertsteuersatz auf Hotelübernachtungen von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Das als „Mövenpicksteuer“ bekannt gewordene Steuergeschenk an das deutsche Hotelgewerbe bewerten Experten in seltener Einstimmigkeit als ökonomisch unsinnig. Bis heute kann die FDP den Verdacht nicht ausräumen, dass es sich dabei um eine direkte Gegenleistung für eine der größten Spenden in der Geschichte der Partei handelte. Selbst im Umfeld der Kanzlerin gilt das Steuerprivileg als „Ursünde der Koalition“ (Die Zeit vom 1.9.2011).

Die Netto-Lüge: Weniger statt mehr vom Brutto

Von Anfang an war klar, dass der Haushalt keinen Spielraum für weitreichende Steuerersenkungen hergibt. Mit der trotzdem immer wieder versprochenen und ebenso oft wieder vertagten Senkung der Einkommensteuer hat sich die Regierung Merkel wiederholt blamiert. Auch hier scheitert die Koalition an der Wirklichkeit. Und die Versprechungen fallen von Mal zu Mal kleiner aus. Das krampfhaftes Festhalten daran ist nur noch der verzweifelte Versuch, die siechende FDP am Leben zu erhalten. Allein das zeigt die Hilflosigkeit einer Koalition, die nicht mehr in die Zeit passt.

Netto-Lüge: Höhere Sozialabgaben



Jährliche Mehrbelastungen 2011 durch soziale Abgaben bei jährlichen Brutto-Einkommen von:

■ 12.000 EUR ■ 36.000 EUR ■ 96.000 EUR

Höhere Sozialabgaben für kleine und mittlere Einkommen verschärfen das Wohlstandsgefälle

Quelle:
Bund der Steuerzahler: Mehrbelastungen 2011.

Schwarz-Gelb hat von Anfang an die ökonomische Vernunft der Menschen im Land unterschätzt. Die Mehrheit will keine Steuersenkungen auf Pump, sondern legt Wert auf einen Staat, dessen Haushalte in Ordnung sind, der Bildung und Kinderbetreuung finanzieren und sich im Krisenfall schützend vor Wirtschaft und Gesellschaft stellen kann.

Das schwarz-gelbe Versprechen „Mehr Netto vom Brutto“ erwies sich als glatte Lüge. Nach zwei Jahren Schwarz-Gelb haben gerade Normal- und Geringverdiener nicht mehr, sondern weniger im Portmonee. Da die Bundesregierung den Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung eingefroren hat, ist ein weiterer Anstieg der Arbeitnehmerbeiträge bereits absehbar. Zudem steigen die Gebühren für Dienstleistungen der Städte und Gemeinden, die Schwarz-Gelb steuerpolitisch in eine Zwangslage bringt.

Das Sparpaket: Bei den Schwachen streichen, die Großen laufen lassen

Auch das groß inszenierte 80 Milliarden Euro-Sparpaket, das die Koalition im Juni 2010 beschlossen hat, ist symptomatisch für den Etikettenschwindel der Regierung. Was Schwarz-Gelb der Öffentlichkeit im Juni 2010 als „ausgewogenes, faires und gerechtes“ Programm zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes verkaufte, war ein Programm für Sozialkürzungen. Die Beiträge der Wirtschaft entpuppten sich weitgehend als Luftnummer.

Die im Paket vorgesehenen Kürzungen und Streichungen im Sozialbereich waren schnell vereinbart und umgesetzt. Das Elterngeld wurde gekürzt und für Bezieher von Arbeitslosengeld II sogar ganz gestrichen, ebenso die Rentenbeiträge für Transferleistungsempfänger und der Heizkostenzuschuss für Geringverdiener. Kahlschlag auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Über 28 Milliarden Euro streicht die Bundesregierung bis 2015 bei den Beschäftigungschancen der Arbeitssuchenden, vor allem auch der Langzeitarbeitslosen.

Für diese schmerzhaften Einschnitte sollten im Gegenzug auch Wirtschaft und Finanzsektor in die Pflicht genommen werden. Hier ließ es die Koalition deutlich gemächlicher angehen. Lippenbekenntnisse der Bundeskanzlerin und des Finanzministers zur Finanztransaktionssteuer treffen auf erbitterten Widerstand der FDP. Aufgrund der Gräben zwischen den Koalitionspartnern ist Deutschland in dieser Frage auf europäischer und internationaler Bühne handlungsunfähig.

Auch weitere Posten des Sparpakets sind durch das chaotische Agieren der Regierung unsicher geworden: Die Brennelementesteuer wurde zwar eingeführt. Doch da sie von Schwarz-Gelb zum Teil des Deals mit den Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke gemacht worden war, versucht die Atomlobby seit der Rückkehr zum Atomausstieg mit allen Mitteln, die Steuer zu kippen. Für die überhastete Reform der Bundeswehr, von der sich Schwarz-Gelb Einsparungen in Milliardenhöhe erhofft hatte, sind in Wahrheit zusätzliche Steuergelder nötig.

- **Schwarz-gelbe Steuerpolitik ist zukunftsfeindlich und scheitert an der haushaltspolitischen Realität. Milliardenschwere Steuergeschenke an Unternehmen, Vermögende und Spitzenverdiener schwächen den Staat.**
- **Union und FDP betreiben Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken sozial Schwacher und zu Lasten der Zukunftschancen von Benachteiligten. Trotz Aufschwung hat Schwarz-Gelb mehr Haushaltsprobleme geschaffen als gelöst.**
- **Mit ihrer Haushalts- und Steuerpolitik verschärft Schwarz-Gelb die sozialen Schieflagen in der Gesellschaft, blockiert notwendige Investitionen in die Zukunft und versäumt es, für schlechtere Zeiten vorzusorgen.**

Scheitern in der Atompolitik

Ausgerechnet in der Atompolitik wollte Angela Merkel nach einem Jahr Stillstand im Herbst 2010 Entscheidungsfähigkeit demonstrieren. Die Verlängerung der Atomlaufzeiten wurde zum schwarz-gelben Prestigeprojekt erklärt. Gegen breiten Widerstand, dafür aber in umso seltenerer Einmütigkeit der Koalitionspartner, kündigten Union und FDP den gesellschaftlichen Konsens auf, der seit dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss im Jahr 2000 bestanden hatte.

Am Ende war es gerade jene Vehemenz, mit der Merkel jahrelang die Aufkündigung des Atomausstiegs propagiert und im so genannten „Herbst der Entscheidungen“ gegen jeden Widerstand und alle Sicherheitsbedenken durchgesetzt hatte, die ihr nach Fukushima im Frühjahr 2011 den größten Glaubwürdigkeits-GAU ihrer Kanzlerschaft bescherte. Zu offensichtlich war: Die schwarz-gelbe 180-Grad-Wende in der Energiepolitik mit der Rückkehr zum Atomausstieg beruhte nicht auf Einsicht, sondern auf Panik vor den anstehenden Landtagswahlen.

81 %

der Bürger halten die Atompolitik der Bundesregierung für „nicht glaubwürdig“.

Bild-Umfrage, März 2011.

Die gleiche Angela Merkel, die jahrelang verlängerte Atomlaufzeiten für unverzichtbar und erneuerbare Energien für unrentabel hielt, verkündete nach den dramatischen Ereignissen in Japan zuerst ein „Moratorium“, dann den Ausstieg aus dem Ausstieg. Den Mut, Irrtum und Scheitern öffentlich einzugestehen, fand Merkel freilich nicht. Stattdessen gerierte sie sich als Erfinderin der Energiewende.

Allein: Die Taktik des Machterhalts kurz vor den Landtagswahlen war zu offensichtlich. Die Sicherheitsrisiken waren lange vor der Katastrophe in Japan bekannt. Nicht Fukushima, sondern Tschernobyl war der Lernort, der schon vor 25 Jahren gezeigt hat, dass die Atomenergie eine unbeherrschbare Hochrisikotechnologie ist. Deshalb war allen klar, dass die schwarz-gelbe Irrtumsbereinigung in der Atom- und Energiepolitik lediglich Ausdruck des puren Selbsterhaltungstriebes der Koalition war, nicht das Ergebnis eines ehrlichen Lernprozesses. Ihre Verleugnung dieser offensichtlichen Tatsache beschädigte die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin noch zusätzlich.

Auch wenn das Ergebnis dem rot-grünen Beschluss zu den Laufzeiten sehr nahe kommt, bleiben erhebliche Kollateralschäden der schwarz-gelben Irrfahrt in der Atompolitik bestehen – nicht nur für die Glaubwürdigkeit der Regierung:

- Der von SPD und Grünen umgesetzte Atomausstieg war rechtssicher, frei von Entschädigungsleistungen für die Atomkonzerne und wurde juristisch nicht angefochten. Schwarz-Gelb hat diese Rechtssicherheit aufs Spiel gesetzt. Erste Konzerne haben Klagen gegen die Brennelementesteuer eingereicht.
- Energiepolitik braucht Langfristigkeit und Verlässlichkeit. Mit ihren Fehlentscheidungen in der Atompolitik haben Union und FDP die von Rot-Grün eingeleitete Energiewende erst verzögert, dann nur unzureichend fortgesetzt. Schwarz-Gelb bleibt weit hinter den Maßnahmen zurück, die für den Umbau unseres Energiesystems zur sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Vollversorgung durch Erneuerbare Energien erforderlich wären.

Der Glaubwürdigkeitsverlust, den die Koalition in der Atompolitik erlitt, ist für Deutschland verkräftbar. Ein Zukunftsrisiko aber ist das Fehlen einer klaren Strategie für eine nachhaltige Wende zu Erneuerbaren Energien, die sowohl den stromintensiven Unternehmen als auch den privaten Haushalten eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung sichert.

Schwarz-gelber Zickzackkurs in der Energiepolitik

„Wir sollten uns in der Koalition auf das Vereinbarte konzentrieren. Ein vorzeitiges Abschalten von sicheren Atomkraftwerken gehört nicht dazu.“

Horst Seehofer (CSU) am
26.02.2010 in der
Rheinischen Post.

„Ich will, dass Deutschland ein zukunftsfähiges Land bleibt. Dazu gehört für mich auf absehbare Zeit auch Kernenergie.“

Angela Merkel (CDU) am
01.07.2009 beim Deutschen
Atomforum.

„Wir brauchen die Kernenergie.“

Volker Kauder (CDU) am
03.04.2006 im ZDF.

„Ich glaube, es ist unrealistisch zu erwarten, dass erneuerbare Energien eine Lücke schließen können, die zum Beispiel durch die frühzeitige Abschaltung von Kernenergie geöffnet würde.“

Angela Merkel (CDU)
am 08.06.2005 in Berlin.

„Und wer sich der Energiewende verweigert, wird das den Bürgern erklären müssen.“

Angela Merkel (CDU) am
09.06.2011 im Bundestag.

„Die Kernenergie war noch nie Teil des Wertefundaments der CDU.“

Angela Merkel (CDU) am
12.05.2011 in der ZEIT.

„Zentrale Säule der zukünftigen Energieversorgung sollen die erneuerbaren Energien werden. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen.“

Angela Merkel (CDU) am
09.06.2011 im Bundestag.

Bildungsprivilegien statt Chancengleichheit

78 %

der Bürger sind für einen
Ausbau des Systems der
Ganztagsschulen.

Bertelsmann Stiftung (2008): Inte-
gration durch Bildung. Ergebnisse
einer repräsentativen Bevölkerungs-
befragung in Deutschland.

Die „Bildungsrepublik Deutschland“, die Union und FDP im Koalitionsvertrag versprechen, ist bis heute eine Worthülse geblieben. Im Tagesgeschäft der Regierung spielt Bildungspolitik kaum eine Rolle. Das Versprechen, mehr Geld für Bildung und Forschung zu investieren, ist längst hinter das krampfhafteste Festhalten am Steuersenkungsversprechen zurückgetreten.

Die wenigen bildungspolitischen Projekte, die Ministerin Schavan anpackt, verschärfen die sozialen Schieflagen im Bildungswesen. Die schwarz-gelbe Richtung lautet: Bildung als Privileg für wenige statt als Recht für alle. Der Weg dorthin führt über die Förderung von Privilegierten statt über die Förderung von Chancengleichheit.

Kein Geld für gleiche Chancen auf bessere Bildung

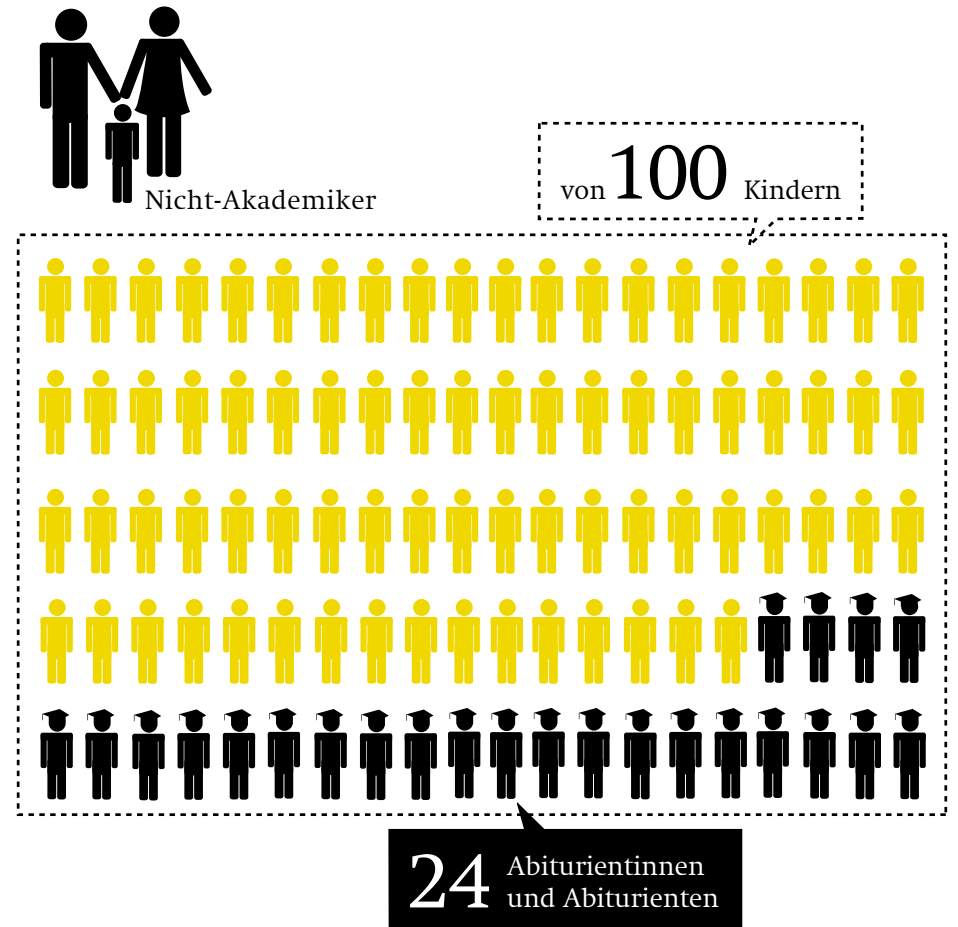
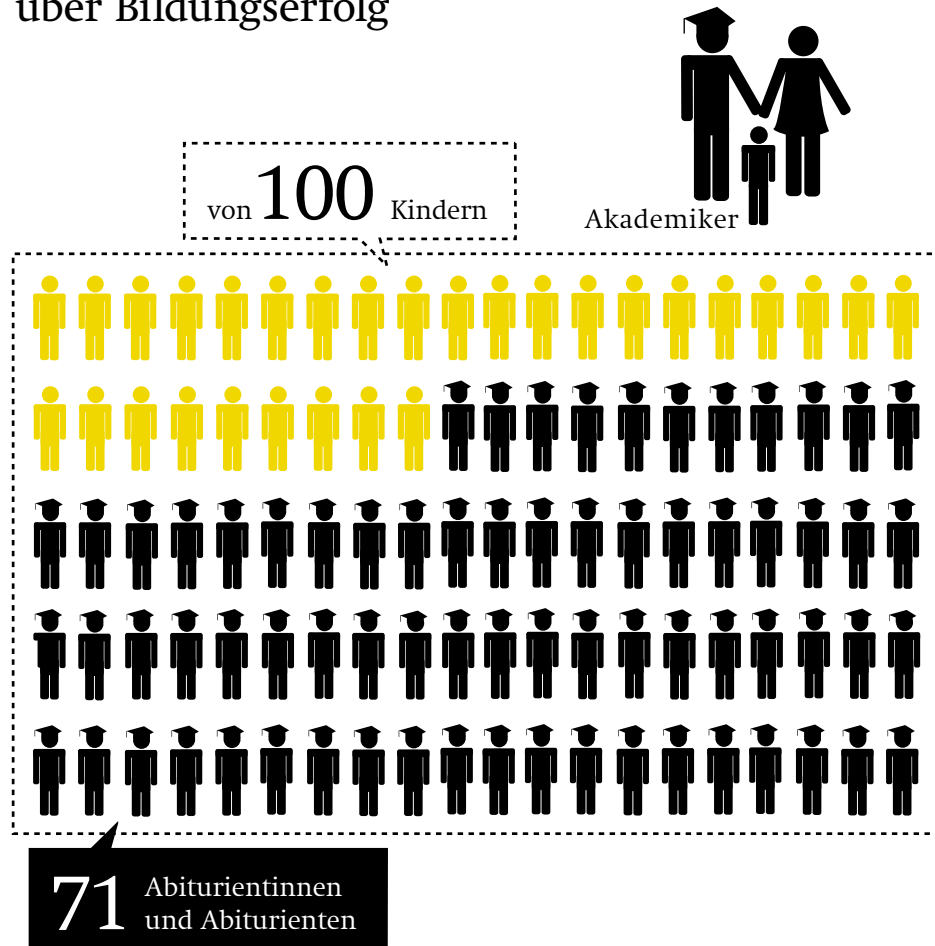
Im Jahr 2008 vereinbarten Bund und Länder eine Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Schwarz-Gelb hält nur noch rhetorisch an diesem Ziel fest. Faktisch liegt das Vorhaben längst bei den Akten.

Nachdem die schwarz-gelben Steuergeschenke an Hoteliers und Vermögende Löcher in die Haushalte von Ländern und Kommunen gerissen hatten, sollen diese nun auch noch den Löwenanteil der notwendigen Mehrausgaben für Bildung tragen. Das kann nicht funktionieren. Die haushaltsbedingten Bildungskürzungen vor Ort hat die Bundesregierung direkt mit zu verantworten.

Dabei wäre zusätzliches Geld für gleiche Chancen durch bessere Bildungsangebote dringend notwendig, beispielsweise für den Ausbau der Ganztagschulen. Vor ihrer Amtszeit diffamierte Schavan das rot-grüne Ganztagschulprogramm als „Suppenküchenprogramm“. Dabei belegen viele Studien seit langem, dass die individuelle Förderung an Ganztagschulen allen Kindern zu Gute kommt und einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit leistet. Doch ein gutes, ganztägiges Betreuungsangebot an Schulen ist in vielen Regionen noch immer die Ausnahme. Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern werden abgehängt. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt für viele Eltern ein leeres Versprechen. Für Bildungsministerin Schavan sind diese Probleme kein Thema.

Auch der Ausbau der frühkindlichen Bildung ist unter Schwarz-Gelb ins Stocken geraten. In fast allen westlichen Bundesländern fehlt noch immer rund ein Drittel der bis 2013 zugesagten Betreuungsplätze für Kinder zwischen einem und drei Jahren. Die zuständigen Ministerinnen Schavan und Schröder wollen dennoch in aller Ruhe bis 2013 abwarten. Damit verspielen sie Zukunftschancen, weil frühkindliche Bildung den späteren Lernerfolg erheblich steigern kann. Insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten steigt die Chance auf das Gymnasium durch den Besuch von Kita oder Kindergarten um bis zu 83 Prozent.

Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg



- Schüler
- Abschluss mit Hochschulreife

Schwarz-gelbe Bildungspolitik verhindert Chancengleichheit.

Frühkindliche Bildung erhöht die Aussicht eines Kindes auf den späteren Besuch eines Gymnasiums um bis zu 83 Prozent!

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009.

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2008: Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern.

Hochschulpolitik für Privilegierte

In der Hochschulpolitik spielt die Bundesregierung auf Zeit. Die drängenden Fragen werden ausgeblendet: Wie können mehr Masterstudienplätze geschaffen werden? Wie muss das BAföG weiterentwickelt werden? Wie kann mehr Geld für die Hochschulen gesichert werden? Dabei waren das die zentralen Forderungen der Studierendenproteste im vergangenen Jahr. Doch Ministerin Schavan ignoriert die Herausforderungen und setzt in der Hochschulpolitik vor allem auf Elitenförderung.

- Von einem Master für alle hält Schavan nichts. Sie will das Master-Studium zum Luxus für wenige Auserwählte machen.
- Die Bildungsministerin lehnt es ab, den Hochschulpakt so anzupassen, dass angesichts der steigenden Nachfrage mehr Studienplätze geschaffen werden können.
- Die Alibierhöhung des BAföG im letzten Jahr wird nicht reichen. Notwendige Anpassungen für mehr Chancengleichheit beim Studium werden auf die lange Bank geschoben.
- Stattdessen konzentriert sich Schavan auf ihr Prestigeprojekt eines nationalen Stipendienprogramms. Problem: Viele Geförderte werden das Geld gar nicht brauchen – und viele, die es bräuchten, kein Stipendium bekommen.
- Das Chaos bei der Hochschulzulassung geht weiter, ohne dass das Ministerium das Problem in den Griff bekommt.

Schwarz-gelbe Bildungspolitik zementiert die ungleiche Verteilung von Lebenschancen:

- **Steuerprivilegien für Hotels und reiche Erben statt Zukunftsinvestitionen in ganztägige öffentliche Betreuung- und Bildungsangebote;**
- **ein „Elite-Master“ und Stipendien für wenige Auserwählte statt mehr Studienplätze und BAföG für viele.**

Schwarz-Gelb verspielt damit zugleich Zukunftschancen für unser Land: Gleiche Bildungschancen für alle und die Sicherung der Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft sind zwei Seiten einer Medaille.

Der Weg zur Dreiklassenmedizin

79 %

der Bürger finden es ungerecht, dass Zusatzbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung zukünftig nur noch von Arbeitnehmern und nicht mehr zu gleichen Teilen auch von Arbeitgebern getragen werden sollen.

AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (2010): AWO-Sozialbarometer.

Philipp Rösler versprach zu Beginn seiner Amtszeit als Gesundheitsminister ein robustes Gesundheitssystem, „das nicht alle zwei, drei Jahre reformiert werden muss“. Besser und dabei nicht teurer sollte es werden. „Die Versicherten“, so versprach er, „werden keine höheren Beiträge zahlen“.

Versprochen, gebrochen: Das Ergebnis schwarz-gelber Gesundheitspolitik sind höhere Beitragssätze, die Kopfpauschale ohne Sozialausgleich sowie Geschenke an die private Krankenversicherung, an Teile der Ärzte, Pharmakonzerne, Apotheker und Arbeitgeber. Das Gesundheitssystem wird für 70 Millionen gesetzlich Versicherte keinen Deut besser, dafür aber massiv ungerechter und teurer – das ist der Beitrag von Philipp Rösler und Daniel Bahr zur Netto-Lüge der Koalition.

Solidarprinzip ausgehebelt

Schwarz-Gelb hebelt die Solidarität im Gesundheitssystem aus: Steigende Kosten tragen die Versicherten künftig alleine. Vor allem die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner werden dadurch zusätzlich belastet.

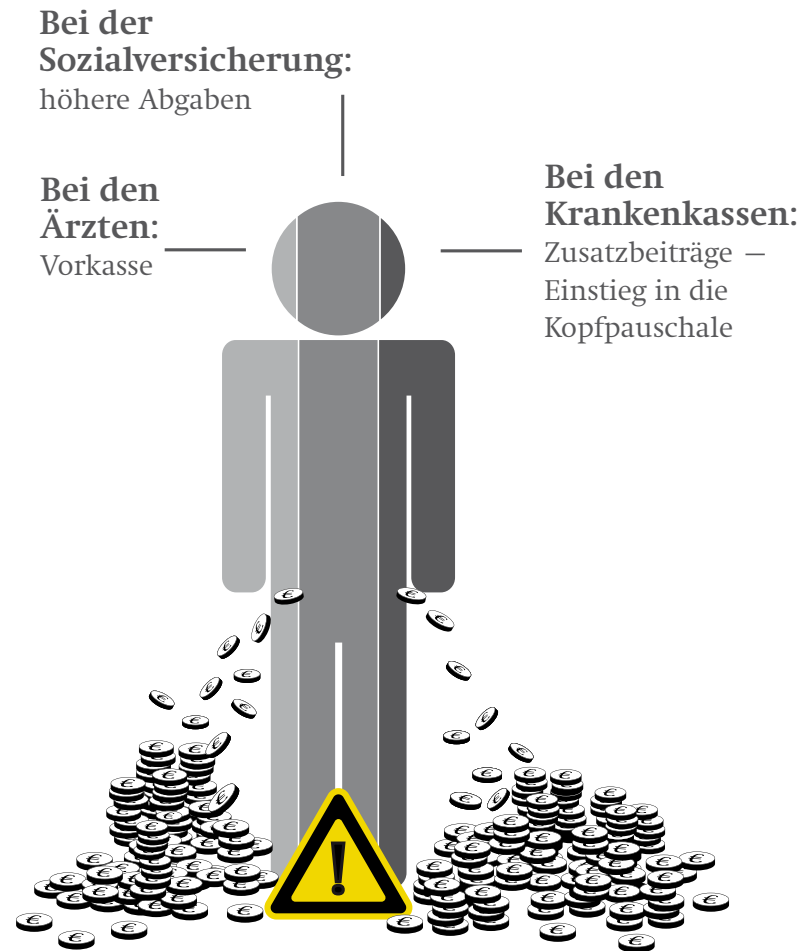
2011 erhöhte die Bundesregierung die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 0,6 auf 15,5 Prozent. Davon zahlen die Beschäftigten 8,2 Prozent, die Arbeitgeber 7,3 Prozent. Der Anteil der Arbeitgeber wurde eingefroren. Das heißt, sie sind bei allen künftigen Kostensteigerungen außen vor.

Die Versicherten werden doppelt belastet, weil die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) nun sogenannte einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe erheben dürfen. Das ist die Einführung der Kopfpauschale durch die Hintertür. In Zukunft wird der Beitragssatz der Krankenkassen bei 15,5 Prozent bestehen bleiben, die Kopfpauschale wird stetig steigen.

Dabei zahlt der gut verdienende Manager die gleiche Kopfpauschale wie sein Pförtner. Der versprochene Sozialausgleich wird seinem Namen nicht gerecht. Menschen mit kleineren Einkommen oder Renten sollen allenfalls mit einem Notgroschen abgespeist werden. Experten gehen davon aus, dass schon bei einer Kopfpauschale in Höhe von 30 Euro mehr als 75 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner auf staatliche Unterstützung angewiesen sein werden.

Die Finanzierung des so genannten „Sozialausgleichs“ bleibt ungeklärt. Am Ende werden ihn die gesetzlich Versicherten allein schultern müssen.

Versicherte müssen zahlen



Versicherte werden gleich dreifach belastet und sind weiteren Kostensteigerungen schutzlos ausgeliefert.

Vorkasse: drei Klassen in der Arztpraxis

In der GKV gilt bislang das Sachleistungsprinzip. Es garantiert, dass Menschen zum Beispiel zum Arzt gehen können, ohne sich vorher fragen zu müssen, ob ihr Geld dazu reicht. Dieses System hat sich bewährt und galt bislang als einer der Grundpfeiler unseres solidarischen Gesundheitssystems.

Schwarz-Gelb bricht auch hier das Solidarprinzip auf und baut stattdessen als weiteres Geschenk an die Ärzteschaft die Vorkasse aus. Die medizinische Behandlung orientiert sich bei der Vorkasse vor allem am Geldbeutel der Patienten, denn nur ein Teil der entstehenden Kosten wird von der Krankenkasse übernommen. Den Rest müssen die Versicherten selber zahlen. Es ist zu befürchten, dass künftig mehr GKV-Versicherte den Weg der Vorkasse wählen, wenn ihnen Ärzte dadurch schneller einen Termin oder eine bessere Behandlung in Aussicht stellen. Das ist der Weg in die Dreiklassenmedizin: zuerst kommen die Privatversicherten, dann die Vorkassezahler und ganz am Ende die Normalversicherten.

Geschenke für die private Krankenversicherung

Schwarz-Gelb hat die Wartezeit für einen Wechsel von der GKV in die PKV von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt. Junge, gesunde Versicherte werden künftig häufiger zur PKV abwandern. Für die gesetzlichen Kassen bedeutet das 2011 einen geschätzten Beitragsverlust von 500 Millionen Euro.

Mehr Geld für Pharmakonzerne, weniger Schutz für Patienten

Röslers Versuche, die hohen Arzneimittelpreise in Deutschland anzugehen, endeten als reine Mogelpackung. Im ersten Jahr nach der Zulassung eines Medikaments können die Pharmakonzerne ihre Preise immer noch selbst bestimmen. Erst nach 12 Monaten müssen sie mit dem Spitzenverband der GKV Rabatte aushandeln. Das Ergebnis wird sein, dass die Konzerne die Ausgangspreise so hoch ansetzen, dass auch die rabattierten Preise für sie möglichst lukrativ ausfallen.

Außerdem müssen künftig nicht die Arzneimittelhersteller nachweisen, dass ein Medikament einen Zusatznutzen hat. Stattdessen muss der Gemeinsame Bundesausschuss belegen, dass es keinen gibt. Dies macht es nahezu unmöglich, nutzlose Arzneimittel und damit unnötige Kosten auszuschließen.

Koalitionsstreit gefährdet Zukunft der Pflege

Auch bei der Reform der Pflegeversicherung versagt Schwarz-Gelb. Noch als Gesundheitsminister hat Rösler das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ gekürt und eine Reform der Pflegeversicherung angekündigt. Nach Röslers Wechsel ins Wirtschaftsministerium hat Nachfolger Daniel Bahr alle Ankündigungen erst einmal aufgeschoben.

Der Streit innerhalb der Union sowie zwischen Union und FDP über die Zukunft der Pflege sitzt tief. Je stärker die FDP in die Krise gerät, desto handlungsunfähiger wird die Koalition auch in der Pflegepolitik.

- Schwarz-Gelb verteilt Lobbygeschenke an die Privaten Krankenkassen und die Pharmaindustrie. Die Koalition hat mit einem Handstreich das Solidaritätsprinzip in der Gesundheitsversorgung aufgekündigt.
- Alle Kostenrisiken im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf Beschäftigte und Rentner abgewälzt. Die Zukunft der Pflege in Deutschland bleibt unter Schwarz-Gelb ungewiss.

Rückwärtsgewandt und realitätsfern

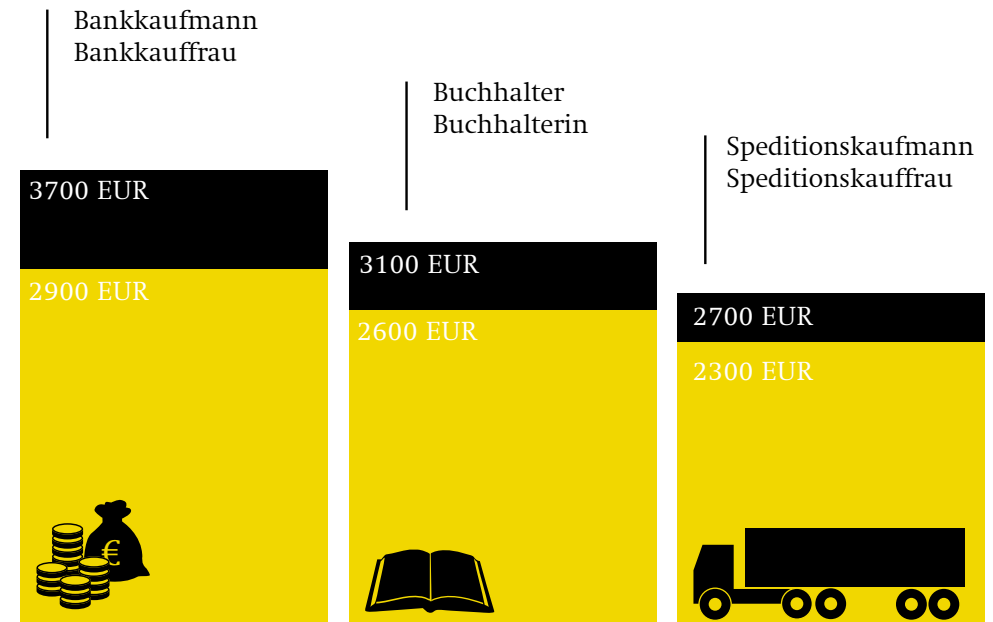
89 %

der Bürger finden, der Staat sollte Müttern jede mögliche Hilfe zukommen lassen, sodass sie auch mit kleineren Kindern berufstätig sein können.

Bertelsmann Stiftung (2010): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vergleich von Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund.

Die schwarz-gelbe Koalition hält die Benachteiligung von Frauen im Beruf offenbar für naturgegeben. Statt eine aktive Gleichstellungspolitik zu betreiben und verbindliche Regeln für gleichen Lohn und gleiche Aufstiegschancen zu schaffen, setzt Schwarz-Gelb auf freiwillige Selbstverpflichtungen und moralische Appelle. Bis heute hat die zuständige Ministerin Kristina Schröder kein einziges Projekt auf den Weg gebracht. Viel lieber rechnet sie öffentlich mit der Emanzipation der Frauen ab.

Frauen benachteiligt: gleicher Beruf - weniger Geld



Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Damit ist Deutschland eines der Schlusslichter in Europa.



Quelle:
Hans-Böckler-Stiftung: Lohnspiegel 2009.

Verhöhnen statt helfen

Nach wie vor sind Frauen in der Arbeitswelt stark benachteiligt. Sie sind in geringerem Maße erwerbstätig als sie es sich wünschen. Sie erhalten selbst bei gleicher Qualifikation für die gleiche bzw. gleichwertige Tätigkeit deutlich weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Führungspositionen in der Wirtschaft sind nach wie vor überwiegend in Männerhand, während die Arbeitswelt vieler Frauen durch Minijobs und Niedriglöhne geprägt ist. Frauen, insbesondere Alleinerziehende, haben dadurch schlechtere Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensführung und sind häufiger als Männer von Altersarmut betroffen.

Statt sich dieser Probleme anzunehmen, höhnt Kristina Schröder, Frauen seien „selbst daran schuld, dass sie zwar die besseren Noten bekommen, aber nicht die besseren Jobs“ (Die Zeit vom 22.4.2010). Helfen will sie nicht, schon gar nicht mit verbindlichen Regelungen.

Die Einführung eines Mindestlohns, der vielen Frauen aus unwürdiger Niedriglohnbeschäftigung helfen könnte, lehnt sie ab. Ebenso eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände und verbindliche Vorgaben zur Durchsetzung gleicher Bezahlung. Schröder setzt auf Appelle und die freiwillige Einsicht der Unternehmen – wohlwissend, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft seit zehn Jahren existieren, aber nichts passiert.

.....

Alimentieren statt ermöglichen

Nach zwei Jahren Schwarz-Gelb erhärtet sich der Eindruck, dass berufstätige Frauen nicht erwünscht sind. Mit dem von der CSU geforderten Betreuungsgeld sollen Frauen einen zusätzlichen Anreiz bekommen, zu Hause zu bleiben.

Der Ausbau der Kinderbetreuung stockt, ohne dass Schwarz-Gelb einschreitet. Es droht, dass der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag nicht umgesetzt werden kann. Damit droht ein entscheidender Schritt für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu scheitern.

Gesellschaftspolitisch sind die Koalition und Familienministerin Schröder ein Totalausfall. Ob Frauen, Familien oder Kinder – Schwarz-Gelb hat keine Antworten auf die veränderten Alltagswirklichkeiten, Lebensentwürfe und Zukunftswünsche der Menschen.

Populismus statt Miteinander

Noch immer hat Schwarz-Gelb Probleme mit einer Frage, die die Realität längst beantwortet hat: Ja, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch wenn es die Unionsparteien nicht wahrhaben wollen. Noch immer klammern sich CDU/CSU an das diffuse Gerede von der „Leitkultur“ – statt die Grundrechte und Grundregeln unserer Verfassung als den eigentlichen Kompass unserer pluralen Demokratie zu verstehen. Statt Ressentiments durch eine erfolgreiche Integrationspolitik abzubauen, werden sie immer wieder durch populistische Stimmungsmache verstärkt. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, taucht ab und schweigt dazu.

Schwarz-gelbe Integrationsverweigerung

Eigentlich muss Integrationspolitik das Ziel verfolgen, unsere Gesellschaft solidarischer und damit das Land stärker zu machen. Dazu gehört, die Chancen zurückliegender und zukünftiger Zuwanderung zu erkennen. Und dazu gehört, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte zu benennen und Abhilfe zu schaffen. Bildung und Sprache kommt dabei eine entscheidende Schlüsselfunktion zu. Integration gelingt, wenn alle Menschen optimale Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft, auf gute Bildung und gute Arbeit haben. Schwarz-Gelb hat diese Anforderungen an eine zeitgemäße Integrationspolitik nie verstanden. Immer wieder geißeln Vertreter der Koalition einseitig vermeintliche „Integrationsverweigerer“, ohne selbst für die notwendigen integrationspolitischen Angebote zu sorgen:

- Union und FDP versäumen es, ein Angebot an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten zu schaffen, das den Bedarf vollständig deckt.
- Statt die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen zwingt Schwarz-Gelb junge Menschen dazu, einen Teil ihrer Herkunft aufzugeben oder auf grundlegende Bürgerrechte zu verzichten.

- Statt die Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund und aus einkommensschwachen Familien zu stärken, vernachlässigt die Koalition die frühkindliche Bildung, den Ausbau der Ganztagschulen und die Förderung der Berufsausbildung.
- Statt die Chancen aller Menschen im Erwerbsleben zu verbessern, streicht Schwarz-Gelb die Förderleistungen der Arbeitsmarktpolitik.

So verwundert es auch nicht, dass der vierte Integrationsgipfel, zu dem Merkel im November 2010 ins Kanzleramt lud, von der Mehrheit der teilnehmenden Migrantenorganisationen als Rückschritt bewertet wurde. Statt konkrete Ergebnisse vorzuweisen, beteuerte die Regierung lediglich, „auf einem guten Weg“ zu sein. Gipfel-Shows ersetzen eben keine substantielle Politik.

Spaltung durch Ressentiments

„Multikulti ist absolut gescheitert“, polterte Kanzlerin Merkel im vergangenen Jahr. Gerade im Amt erklärte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der Islam werde nie „Teil der deutschen Leitkultur“ werden. Mit solchen Plattitüden versuchen CDU und CSU, die Stimmung an den Stammtischen machtpolitisch auszunutzen. In Wahrheit provozieren sie genau das, was sie anprangern: die gesellschaftliche Spaltung in „wir“ und „die anderen“. Das ist Desintegrationspolitik.

Eine Folge: Immer weniger Menschen kommen nach Deutschland, um hier zu arbeiten und zu leben. Auf der anderen Seite wandern immer mehr gut ausgebildete junge Menschen, die in Deutschland geboren sind, in die Heimat ihrer Eltern oder Großeltern aus. Mittlerweile verlassen mehr Menschen Deutschland in Richtung Türkei als umgekehrt kommen.

Das treibt die Alterung der Gesellschaft weiter voran und verschärft den Fachkräftemangel. Die Integrationspolitik von Schwarz-Gelb schadet nicht nur den Menschen mit Migrationshintergrund und dem gesellschaftlichen Klima, sondern auch der Wirtschaft und dem ganzen Land.

- Mit populistischen Äußerungen befördert die Union ein integrationsfeindliches Klima.
- Immer mehr junge und oft gut ausgebildete Menschen mit Migrationshintergrund wandern ab.
- Schwarz-gelbe Politik gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verschärft den Fachkräftemangel.

Europa wird zum Offenbarungseid für Schwarz-Gelb

Zuerst platzten die spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten, dann brach die Realwirtschaft ein, schließlich gerieten die Staaten unter Druck, die Banken retten und die Konjunktur stützen mussten. Die seit fast zwei Jahren schwelende Schuldenkrise innerhalb der Europäischen Währungsunion hat 2011 ein neues Stadium erreicht: Angeheizt durch fehlende Entscheidungen der Regierungen der Eurozone ist aus den Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands eine Krise der Währungsunion und eine politische Krise der europäischen Einigung geworden.

In Deutschland und allen anderen Ländern der Eurozone wächst die Sorge um den erarbeiteten Wohlstand, um Ersparnisse und um die Alterssicherung. In dieser ernsten Lage sind grundlegende, mutige und über den Tag hinaus gehende Entscheidungen unausweichlich geworden. Wir brauchen tragfähige Lösungen und ein starkes Signal für die Zukunft der europäischen Einheit.

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der übergroßen Mehrheit der konservativen Regierungen Europas ein solches Signal verweigert. Stattdessen setzten die Regierungen mutlos auf kurzfristige nationale Eigeninteressen. Im Ergebnis wurden die Anleger an den Finanzmärkten immer stärker irritiert und die Spekulationen angeheizt. Kanzlerin Merkel trägt mit ihrem taktischen Zögern und Zaudern dafür einen großen Teil der Verantwortung.

Zickzackkurs der Kanzlerin

Als größtes Mitgliedsland müsste Deutschland auch im eigenen Interesse mutig vorangehen und sich für die Gemeinschaft stark machen. Doch Schwarz-Gelb wirkt getrieben und überfordert. Merkel hat seit mehr als einem Jahr eine Reihe von schweren Fehlern gemacht. Sie hat aus Furcht vor unpopulären Schritten die Lage verschleiert statt aufgeklärt. Sie hat Entscheidungen verschleppt statt vorangetrieben. Sie hat damit das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Deutschlands ebenso aufs Spiel gesetzt wie den Zusammenhalt Europas.

Bereits im Herbst 2009 war absehbar, dass Griechenland an den Rand eines Staatsbankrotts rutschen würde. Doch die Regierung Merkel wollte die unangenehme Wahrheit bis nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen verschleppen. Noch im April 2010 sagte Merkel, Griechenland brauche gar keine Hilfe. Im Mai musste überstürzt das erste Rettungspaket geschnürt werden. Anschließend hieß es, Griechenland sei ein Einzelfall. Nur Stunden später kam der Euro-Rettungsschirm. Dann hieß es, das sei die Ultima Ratio, er werde gar nicht in Anspruch genommen. Doch dann ging zuerst Irland unter den Schirm, später Portugal.

Merkel verweigerte sich einer Gläubigerbeteiligung. Aber sie nahm hin, dass die Europäische Zentralbank notleidende griechische Anleihen aufkaufte und zur Bad Bank Europas wurde. Merkel sagte, es werde keine Transferunion geben. Tatsächlich hat mit den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Rettungsschirmen schleichend eine Vergemeinschaftung der Schuldenrisiken begonnen.

Keine von Merkels Botschaften hielt länger als sechs Monate – ein weiterer Grund für den enormen Glaubwürdigkeitsverlust der Kanzlerin und ihrer Koalition. Heute verkündet die Kanzlerin mit scheinbar großer Klarheit: Mit uns gibt es keine Euro-Bonds. Sie darf sich nicht wundern, wenn dies in der Öffentlichkeit geradezu als Ankündigung gemeinsamer Anleihen verstanden wird.

Die Kanzlerin hat mögliche Lösungen immer danach bemessen, was in der Koalition durchsetzbar war – und nie danach, was in der Europäischen Union notwendig gewesen wäre. Durch Nichthandeln und Unehrlichkeit hat sie zur Verschärfung der Krise beigetragen und Lösungen teurer gemacht.

Mit dem Rettungspaket für Griechenland, mit dem Kauf von notleidenden Staatsanleihen durch die EZB und mit dem Euro-Rettungsschirm EFSF übernehmen alle Steuerzahler der Euro-Zone die Risiken der Schulden. Notwendig ist eine offene und ehrliche Antwort: Europa ist eine Haftungsgemeinschaft und eine Solidarunion. Doch wo wir füreinander eintreten, müssen wir auch gemeinsame Regeln durchsetzen.

Exzessive Verschuldung muss künftig verhindert werden. Die Finanzmärkte brauchen strengere Regeln, um die Spekulation auf Kosten der Steuerzahler einzudämmen. Ein echter Schuldenschnitt für Griechenland mit wirksamer Gläubigerbeteiligung ist unausweichlich. Doch Merkel zaudert. Zugleich brauchen wir ein Europäisches Wachstumsprogramm, denn Haushalte sind nur dann auszugleichen, wenn die Wirtschaft wieder anspringt und neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Investitionen dürfen die Arbeitnehmer aber nicht zusätzlich belasten. Sie sollten aus einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte – einer Finanztransaktionssteuer – finanziert werden.

Doch die Initiative der EU-Kommission, die Finanztransaktionssteuer in der gesamten Euro-Zone einzuführen, droht am Widerstand der FDP zu scheitern. Kanzlerin und Finanzminister lassen sich von einem verantwortungslosen und ideologisch verbohrt Koalitionspartner vorführen.

Historische Bewährungsprobe

Der Erhalt und die Sicherung der Währungsunion ist eine wesentliche Bedingung für unseren Wohlstand und liegt daher im deutschen Interesse. Die Wahrung dieses Interesses verlangt grundlegende, mutige und im Parlament offen zur Entscheidung gestellte Lösungen.

Die Europäische Union befindet sich in einer historischen Bewährungsprobe. Ob Deutschland in und mit Europa am Ende dieses Jahrzehnts noch eine führende Wohlstandsregion in der Welt ist, ob Europa und Deutschland noch zu den führenden und sich dynamisch entwickelnden Regionen gehören wird – all das entscheidet sich maßgeblich bei der Bewältigung der Krise.

Es geht um die Frage, ob die europäische Einheit die Herausforderung der Finanzkrise besteht und ob die deutschen Parteien ihrer Verantwortung gerecht werden. Das europäische Schiff treibt orientierungslos herum. Alle warten auf Berlin. Doch Deutschland ist Führungsschwach. Die Koalition streitet. Die Kanzlerin bangt um ihre Mehrheit. Die FDP profiliert sich gegen Merkel. Schwarz-Gelb droht an der Frage der europäischen Einheit zu zerbrechen. Das ist weit besser, als wenn Europa an Schwarz-Gelb zerbrechen würde.

- **Union und FDP sind aufgrund ideologischer Scheuklappen nicht in der Lage, die notwendigen Entscheidungen für den Erhalt der europäischen Währungsunion zu treffen.**
- **Die Bewährungsprobe Europas wird zum Offenbarungseid für die schwarz-gelbe Koalition.**

Gefährdung des deutschen Ansehens in der Welt

Schwarz-Gelb ist in den vergangenen zwei Jahren an den Herausforderungen der internationalen Politik gescheitert. Union und FDP haben es nicht vermocht, eine kluge, abgestimmte und angemessene Außenpolitik zum Wohle Deutschlands und Europas zu gestalten.

Mit ihrem Kurs abnehmender Verlässlichkeit gefährdet die Regierung die außenpolitische Handlungs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Unsere Partner in der Welt sind ratlos angesichts der neuen Unberechenbarkeit.

Alleingänge und verpasste Chancen in der Außenpolitik

Die schwarz-gelbe Regierung hat es sträflich versäumt, der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik neue Impulse zu geben. Nationale Alleingänge statt abgestimmter europäischer Außenpolitik bestimmen das traurige Bild der letzten zwei Jahre. Die Bundesregierung ist kraftlos und hat ihre Rolle als europäischer Taktgeber aufgegeben. Weder der Außenminister noch die Kanzlerin hatten den Schneid, sich gegen die zunehmenden Tendenzen des Chauvinismus und Nationalismus in Europa zu stemmen.

Die Regierung ließ die Chancen für eine Neubegründung und Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft ungenutzt verstreichen. Das Versprechen der Kanzlerin, keine deutschen Sonderwege einzuschlagen, ist durch das Handeln der Regierung ad absurdum geführt worden. Der Außenminister verprellt nicht nur unsere langjährigen Verbündeten. Zugleich philosophiert er von den „neuen Kraftzentren“ China und Russland und erweckt damit den Eindruck einer strategischen Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik.

US-Präsident Obama besucht Europa und macht einen Bogen um Deutschland. Die mit dem deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat verbundenen Chancen hat die Bundesregierung nicht genutzt. Initiativen zur Stärkung der Vereinten Nationen? Fehlanzeige.

Die gesellschaftlichen Umbrüche in der arabischen Welt hat die Regierung ideen- und mutlos beobachtet. Statt die Dimension der Umbrüche zu realisieren, begnügte sich der Außenminister damit, sich auf dem Tahrir-Platz in Kairo von den Demonstranten zuwinken zu lassen. Er versäumte es, die großen Chancen, die mit diesen Veränderungen verbunden sind, aktiv zu nutzen und mit kraftvollen bilateralen und europäischen Initiativen zu unterstützen.

Stattdessen verstieß die Bundesregierung mit der Exportgenehmigung für 200 deutsche Kampfpanzer ausgerechnet nach Saudi Arabien nicht nur gegen die geltenden Rüstungsexportrichtlinien, sondern sendete ein völlig falsches Signal an die Menschen in der Region. Die von Schwarz-Gelb oft bemühte „werteorientierte Außenpolitik“ ist nichts weiter als eine hohle Phrase.

Das zeigt sich auch in der Menschenrechtspolitik: In der schwarz-gelben Theorie sollen die Menschenrechte die Leitlinie des politischen Handelns sein. In der schwarz-gelben Praxis werden sie wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Deutsche Außenpolitik droht zur Außenwirtschaftsförderung zu verkümmern.

Bedenklich ist auch, dass die deutsche Außenpolitik beim Friedensprozess im Nahen Osten stur eine gemeinsame Haltung der EU blockiert. Mit ihrer verfrühten Festlegung in der Palästinafrage hat die Kanzlerin eine wichtige Option ohne Not aus der Hand gegeben. Trotz guter Beziehungen zu beiden Ländern hört man auch nichts von einer vermittelnden Rolle der Bundesregierung im Streit zwischen Israel und der Türkei.

In der Afghanistanpolitik riskiert Schwarz-Gelb den parteiübergreifenden Konsens. Bis 2014 sollen alle Kampftruppen aus Afghanistan abgezogen werden. So hat es die internationale Gemeinschaft verbindlich festgelegt. Die SPD hatte im letzten Bundestagsmandat durchgesetzt, dass der Beginn des Bundeswehrrückzugs bereits im Jahr 2011 stattfinden soll. Dennoch weigert sich die Bundesregierung, ein konkretes Datum für den Beginn des Abzugs zu nennen. Durch ihre zögerliche Haltung gefährdet die Koalition die breite Unterstützung für den Afghanistaninsatz.

Merkel und Westerwelle gefährden mittlerweile die Fundamente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und untergraben den außenpolitischen Konsens. Berlin droht seine Rolle als verlässlicher Partner zu verlieren.

.....

Reformchaos bei der Bundeswehr setzt sich fort

Das Reformchaos seines Vorgängers zu Guttenberg hat Verteidigungsminister de Maizière weitergeführt. Die angekündigten Einsparungen von 8,3 Mrd. Euro bis 2015 sorgen für tiefe Verunsicherung bei Soldaten und Zivilbeschäftigten.

Die Reform erfolgt nach Kassenlage. Eine sicherheitspolitische Begründung gibt es nicht. Die europäischen Partner werden nicht eingebunden. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht wurde die große Chance, die Freiwilligkeit in der Gesellschaft zu stärken und dafür gemeinsam Anreize zu schaffen, leichtfertig verspielt. Der Weg in eine reine Berufsarmee ist vorgezeichnet und entspricht nicht unserer Vorstellung einer in der Gesellschaft verankerten Bundeswehr.

.....

Etikettenschwindel in der Entwicklungspolitik: Außenwirtschaftsförderung und Vetternwirtschaft

Auch in der Entwicklungspolitik ist Deutschland kein verlässlicher Partner mehr. Dirk Niebel wollte das Entwicklungsministerium abschaffen – bis er den Ministerposten bekam. Innerhalb kürzester Zeit hat er den guten Ruf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit heruntergewirtschaftet.

Dirk Niebel ist ein Minister des Wortbruchs. Besonders beschämend: Niebel hat die Zusage Deutschlands, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen, gebrochen.

Obwohl es eine Mehrheit im Bundestag über die Fraktionsgrenzen hinweg für die Erhöhung der Entwicklungsgelder um jährlich 1,2 Mrd. Euro gibt, sieht die Finanz-

planung des Ministers Kürzungen vor. Damit hat sich Niebel von den Millenniumsentwicklungszielen verabschiedet.

Sein entwicklungspolitisches Konzept ist Ausdruck der Ideenlosigkeit: Niebel geht es um Außenwirtschaftsförderung und das Hissen schwarz-rot-goldener Fähnchen auf deutschen Hilfsprojekten. Multinationale Zusammenarbeit hält er für Teufelszeug. Internationale Verpflichtungen etwa beim Klimaschutz oder bei der Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria hält er nicht ein.

Unter Schwarz-Gelb degeneriert die Entwicklungspolitik immer mehr zum verlängerten Arm deutscher Wirtschafts- und Rohstoffinteressen. Deutsche Hilfsorganisationen werden zur Kooperation mit der Bundeswehr gezwungen. Damit leistet er einer Militarisierung der Entwicklungspolitik Vorschub.

Alten Korpsgeist beweist Niebel auch bei Stellenbesetzungen. Unter seiner Leitung ist das Entwicklungsministerium zur Versorgungsanstalt für ehemalige FDP-Kader geworden. Wichtige Posten wurden nicht nach Qualität sondern nach Parteibuch besetzt. So erzeugt man Frust und Demotivation im eigenen Haus – eine denkbar schlechte Voraussetzung für eine erfolversprechende Entwicklungspolitik.

- Schwarz-gelb gefährdet den außenpolitischen Konsens in Deutschland und setzt das internationale Ansehen unseres Landes aufs Spiel.
- Die Unberechenbarkeit schwarz-gelber Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik riskiert die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Deutschland braucht Verantwortung und Verlässlichkeit – Unser Projekt heißt Zukunft

Im Herbst 2011 geht es dem Land gut. Trotz, nicht wegen Schwarz-Gelb. Den Aufschwung haben andere erarbeitet: Starke Gewerkschaften, verantwortungsvolle Arbeitnehmer, seriöse Arbeitgeber, innovative Unternehmen und weitsichtige Vorgängerregierungen.

Die Risiken aber werden größer: Die weltweite Schuldenkrise, die Existenzkrise der Europäischen Union, Staaten am Rande der Handlungsfähigkeit, unregulierte Finanzmärkte, neue Belastungen der Industrie, viele Fragezeichen für Arbeitsmarkt und Sozialstaat und nicht zuletzt Proteste in vielen Ländern. Deutschland ist keine Insel, sondern steckt mittendrin. Die Konjunkturaussichten haben sich mit der Stagnation im zweiten Quartal 2011 (Plus 0,1%) eingetrübt. Die Erholung am Arbeitsmarkt könnte erlahmen. Die Frage ist: Wie viel schwarz-gelbes Durcheinander und wie viele politische Hakensschläge verträgt das Land noch?

Bei allem Optimismus ist Menschen und Unternehmen klar: Deutschland, Europa und die Welt stehen vor großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen. Wer keine Lehren aus der Vergangenheit zieht, riskiert die Zukunft. Das ist der vielleicht größte Fehler von Schwarz-Gelb: nichts aus der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten zu lernen und nichts zu tun, um sich für zukünftige Krisen zu wappnen. Dieses Versagen der Regierung zerstört das Vertrauen und die Hoffnung der Menschen, dass wir die Probleme gemeinsam bewältigen können.

Wenn ökonomische Ungleichheit und soziale Ausgrenzung weiter zunehmen, könnte auch unsere Gesellschaft schon bald zerbrechen. Die Politik muss dieser Entwicklung etwas entgegensetzen. Es gilt, die guten Chancen zu nutzen, Arbeitslosigkeit zu besiegen und unsere Industrie zu modernisieren. Es gilt, für die Schaffung guter Arbeit und sicherer Beschäftigungsverhältnisse auch bei den Dienstleistungen, bei Pflege und Betreuung, in Medien und Kultur zu sorgen. Es gilt, die Steuerlast gerechter zu verteilen, mehr Geld für Bildung bereitzustellen, die sozialen Sicherungssysteme und die Kommunen für den demografischen Wandel zu stärken.

Wer nicht vorhat, die Energiewende ein weiteres Mal rückgängig zu machen, muss die Investitionen in Effizienz, Erneuerbare Energien sowie den Ausbau des Stromnetzes erhöhen. Deutschland darf die längst überfällige Regulierung der Finanzmärkte nicht länger bremsen. Hier sind Mut, Entschlossenheit und geschickte internationale Zusammenarbeit gefragt, sonst steuern wir geradewegs auf die nächste Spekulationskrise zu.

Die Schuldenkrise zeigt, dass Europa in der Sackgasse steckt. Mit unaufrichtigen und verzagten Reaktionen läuft die Bundesregierung der Krise hinterher. Wir brauchen ein kraftvolles Signal für die Zukunft Europas, einschließlich eines Schuldenschnitts, einer Gemeinschaftshaftung und eines Europäischen Wachstumsprogramms, das aus einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte bezahlt werden kann.

Schwarz-Gelb hat für diese grundlegenden Schritte keine Kraft mehr. Dabei ist Politik nicht machtlos, wenn sie Mut zu Entscheidungen hat. Die Menschen erwarten von ihrer Regierung keine Zauberei. Alles was sie erwarten, ist solide Arbeit und Verlässlichkeit. Doch die Regierung Merkel ist müde. Von ihr sind keine großen Sprünge mehr zu erwarten. Ihre Zeit läuft ab. Je länger Schwarz-Gelb an der Macht klebt, desto schlechter für Deutschland.

Die Menschen wollen den Neuanfang mit einer verantwortungsvollen und seriösen Regierung für Deutschland. Sie wollen, dass Vernunft und Verantwortung wieder zu den Maßstäben der Politik werden. Die SPD-Bundestagsfraktion bereitet sich auf die Regierungsverantwortung vor. Unser Projekt heißt Zukunft.

Zwei Jahre Schwarz-Gelb

10-2009

Koalitionsvertrag: 132 Seiten, die nichts regeln und schwarz-gelbe Planlosigkeit verschleiern

Die Koalition kündigt eine Senkung der Einkommenssteuer für 2011 an.

11-2009

Kundus-Affäre: Arbeitsminister Jung tritt aufgrund schwerwiegender Fehler in seiner Zeit als Verteidigungsminister während der großen Koalition zurück. Ursula von der Leyen wechselt ins Arbeitsministerium. Kristina Schröder wird Familienministerin.

12-2009

Auftakt zur Klientelpolitik: Nach Millionenspende der Mövenpick-Hotelkette an die FDP beschließt Schwarz-Gelb die Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen. Die „Mövenpick-Steuer“ kostet Bund, Länder und Kommunen jährlich 1 Mrd. Euro.

Finanzminister Schäuble erklärt: „Wir Deutschen können nicht für Griechenlands Probleme zahlen.“

01-2010

Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz tritt in Kraft.

02-2010

Soziale Kälte: Westerwelle bezichtigt die Empfänger von Transferleistungen der „spätromischen Dekadenz“. Angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich ein Hohn.

03-2010

Außenminister Westerwelle reist durch Südamerika. Unter den Wirtschaftsvertretern, die ihn begleiten, ist eine Reihe FDP-Spender. Es entsteht der Eindruck, Handelsreisen mit dem Außenminister seien käuflich.

5. März 2010: Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) schließt Griechenland-Hilfen grundsätzlich aus: „Wir haben nicht die Absicht, einen Cent zu geben.“

25. März 2010: Die Euro-Gruppe sagt Griechenland ein Hilfspaket bilateraler Kredite unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds zu.

05-2010

3. Mai 2010: Das Bundeskabinett stimmt den Griechenland-Hilfen zu.

7. Mai 2010: Bundestag und Bundesrat verabschieden das Gesetz zur Griechenland-Hilfe.

9. Mai 2010: Schwarz-Gelb verliert die Wahl in NRW und muss die Regierungsverantwortung abgeben. Merkel schließt Steuersenkungen für die kommenden zwei Jahre aus.

10. Mai 2010: Die EU-Finanzminister einigen sich auf einen 750 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds.

11. Mai 2010: Die Bundesregierung bringt den deutschen Anteil am Rettungspaket für den Euro auf den Weg.

31. Mai 2010: Horst Köhler tritt als Bundespräsident zurück.

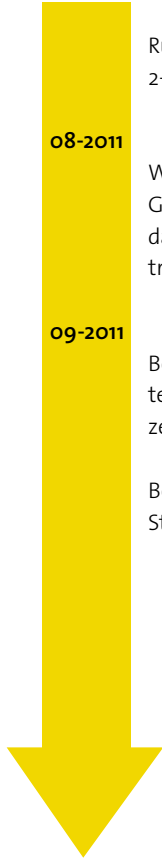
06-2010

Schwarz-Gelb beschließt mit dem so genannten Sparpaket Maßnahmen für Haushaltseinsparungen, die vor allem Arbeitslose und Familien treffen.

Blamage in der Bundesversammlung: Christian Wulff kann sich erst im dritten Wahlgang gegen den Kandidaten von SPD und Grünen, Joachim

	Gauck, durchsetzen. Wie die Mehrheit der Bevölkerung sehen auch einige Vertreter des Regierungslagers Gauck als den besseren Bundespräsidenten.
10-2010	Schwarz-Gelb beschließt die Laufzeitverlängerung für deutsche AKW und damit den Ausstieg aus dem Atomausstieg.
11-2010	Schwarz-Gelb beschließt mit dem GKV-Finanzierungsgesetz die Entsolidarisierung unseres Gesundheitssystems.
	Irland beantragt Hilfe aus dem Euro-Rettungsschirm. Die EU-Finanzminister gewähren Dublin ein Hilfspaket von 85 Milliarden Euro und einigen sich auf eine nur begrenzte Gläubigerbeteiligung bei künftigen Schuldenkrisen.
12-2010	Union und FDP kündigen eine Senkung der Einkommenssteuer für die zweite Hälfte der Legislaturperiode an.
	FDP rutscht in Umfragen auf vier Prozent ab.
02-2011	Die SPD und ihr Spitzenkandidat Olaf Scholz gewinnen bei den Hamburger Senatswahlen die absolute Mehrheit. Die CDU fährt ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit ein.
03-2011	Plagiatsaffäre: Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) tritt wegen Betrugsvorwürfen im Zusammenhang mit seiner Doktorarbeit zurück.
	Nach dem GAU von Fukushima verhängt Angela Merkel ein „Moratorium“, mit dem sie die Verlängerung der Atomlaufzeiten für drei Monate aussetzt.
	Deutschland enthält sich in der Libyen-Frage der Stimme im UN-Sicherheitsrat. Westerwelle lässt die Öffentlichkeit über die Gründe spekulieren.

	Der europäische Rat billigt die Grundzüge des permanenten Rettungsschirms ESM.
	Schwarz-Gelb verliert die Mehrheit in der CDU-Hochburg Baden-Württemberg.
	Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz scheitert die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde.
04-2011	Westerwelle tritt als FDP-Vorsitzender zurück.
05-2011	Brüderle muss das Amt als Wirtschaftsminister abgeben, ihm folgt der ehemalige Gesundheitsminister Rösler, der wiederum von Daniel Bahr ersetzt wird.
	Die Euro-Finanzminister beschließen ein Rettungspaket für Portugal mit einem Volumen von 78 Milliarden Euro.
06-2011	Schwarz-Gelb beschließt, die Laufzeitverlängerungen für deutsche AKW rückgängig zu machen.
	Der europäische Rat beschließt die Erweiterung des Rettungsschirms EFSF.
07-2011	Die Koalition kündigt Steuersenkungen zum 1. Januar 2013 an. Über die angestrebte Höhe entbrennt neuer Streit zwischen Union und FDP.
	Die Finanzminister der Euro-Gruppe unterzeichnen den Vertrag zur Schaffung des neuen Krisenfonds ESM, der zum 1. Juli 2013 den derzeitigen Rettungsschirm EFSF ablösen soll. Der Fonds wird eine Kapitalausstattung von 700 Milliarden Euro haben.
	Ein Sondergipfel der Euro-Staaten beschließt das zweite Hilfspaket für Griechenland mit einem Volumen von 109 Milliarden Euro sowie eine Ausweitung des Aufgabenbereichs des Rettungsschirms EFSF.



Rüstungsdeal: Bundesregierung beschließt Lieferung von 200 Leopard 2-Panzern nach Saudi-Arabien.

08-2011

Westerwelle erklärt die Sanktionspolitik Deutschlands gegen das Gaddafi-Regime als entscheidend für den Sturz des Diktators und löst damit allgemeines Unverständnis aus. Aus seiner Partei werden Rücktrittsforderungen laut.

09-2011

Bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern fährt die CDU ihr schlechtestes Wahlergebnis ein. Die FDP scheitert deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.

Bei der Wahl in Berlin erhält die FDP weniger als zwei Prozent der Stimmen.